

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Oskar Weggel  
Modernisierung und  
Entzauberung: Innenpolitik  
im nachmaoistischen China

Rüdiger Machetzki  
VR China:  
Wirtschaft im Wandel?

Joachim Glaubitz  
Elemente der Außenpolitik  
Chinas seit Anfang  
der siebziger Jahre

ISSN 0479-611 X

B 39/82  
2. Oktober 1982

Oskar Weggel, Dr. jur., geb. 1935; Studium der Rechtswissenschaften und des Chinesischen in München und Bonn; 1965—1967 Studienaufenthalt in Taiwan; seit 1968 wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde in Hamburg mit Forschungsschwerpunkt VR China und Indochina.

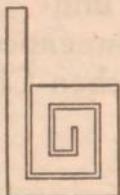
Veröffentlichungen u. a.: Die Alternative China. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft der VR China, Hamburg 1973; Das Außenhandelsrecht der VR China, Baden-Baden 1976; Die Außenpolitik der VR China, Stuttgart 1977; Chinesische Rechtsgeschichte (Reihe: Handbuch der Orientalistik), Leiden, Köln 1980; China zwischen Revolution und Etikette: Eine Landeskunde, München 1981; u. a. regelmäßige Mitarbeit an der vom Institut für Asienkunde Hamburg herausgegebenen Monatszeitschrift „China aktuell“.

Rüdiger Machetzki, Dr. phil., geb. 1941; Studium der Sinologie, Politikwissenschaft und Japanologie in Hamburg und Taipei 1964 bis 1970; Forschungsaufenthalt am Contemporary China Institute, London 1971 bis 1972; seit 1973 wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde in Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Chronologie des innerparteilichen Linienkampfes der kommunistischen Partei Chinas, 1974; Die Entwicklungshilfepolitik der VR China, 1975; zahlreiche Aufsätze zu Problemen der VR China und Südostasiens.

Joachim Glaubitz, Dr. phil., geb. 1929; Studium der Japanologie und Sinologie; apl. Professor für Politische Wissenschaft, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen/Isar.

Veröffentlichungen u. a.: Opposition gegen Mao, Olten 1969; China und die Sowjetunion — Aufbau und Zerfall einer Allianz, Hannover 1973; Japan im Spannungsfeld zwischen China und der Sowjetunion, Ebenhausen 1976; Zur Frage des Abzugs der amerikanischen Landstreitkräfte aus Südkorea, Ebenhausen 1980.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Modernisierung und Entzauberung: Innenpolitik im nachmaoistischen China

## I. Entwicklungen seit Mao Zedongs Tod

### 1. Der Spätmaoismus und seine Hinterlassenschaft

Im September 1976 starb Mao Zedong. Schon einen Monat später wurden seine — zum Teil von ihm eingesetzten, zum Teil selbst ernannten — Nachfolger gestürzt. Mit dem Ende der sogenannten „Viererbande“ unter Führung der Mao-Witwe Jiang Qing begann der Abschied von der spätmaoistischen Phase, die zuletzt im Zeichen von zehn Jahren Kulturrevolution, zehn Jahren „Schulaußfall“ (vor allem an den Höheren und Hochschulen) und fast zwanzig Jahren Wirtschaftsexperiment gestanden hatte. Während China infolge der politischen Auseinandersetzungen zwischen 1956 und 1976 pro Jahr durchschnittlich 2% BSP-Wachstum einbüßte, steigerte sich sein Bevölkerungswachstum im gleichen Zeitraum um jährlich rund 20 Millionen (!) Menschen — eine verhängnisvolle Schere, die durch das kulturrevolutionäre Experiment nicht geschlossen werden konnte, sondern sich eher noch öffnete. Die Kulturrevolution war realpolitisch mit dem Ziel gestartet worden, die Gegner des maoistischen Kurses, die ja bereits seit 1961 ein Alternativprogramm propagiert hatten, auszuschalten; sie hatte ideologisch unter dem Anspruch gestanden, die „Widersprüche“ zwischen der sozialistisch gewordenen Basis und den verschiedenen „im Rückstand gebliebenen“ Bereichen des Überbaus einzuebnen, und zwar nach Maßgabe der „Mao-Zedong-Ideen“: „Massenlinie“ gegen Bürokratismus, „rot“ gegen „fachmännisch“, Klassenkampf gegen Versöhnertum, so lauteten die Forderungen.

Anfang 1975 zogen die Kulturrevolutionäre Bilanz und erklärten 13 sogenannte „Neue sozialistische Dinge“ als Errungenschaften des zehnjährigen Kampfes:

1. Die „stürmische Entwicklung der Massenbewegung zum Studium des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen“,

2. die Geburt der Revolutionskomitees und die Stärkung der einheitlichen Führung durch die Partei,
3. die Schaffung von revolutionären Musterstücken und deren Popularisierung,
4. das Wachstum der „Massenkontingente von Aktivisten der marxistischen Theorie“,
5. das Hochschulstudium von Arbeitern, Bauern und Soldaten und die Umgestaltung im Erziehungswesen,
6. Jugendliche mit Schulbildung lassen sich auf dem Lande nieder,
7. medizinisch Tätige gehen aufs Land,
8. Heranwachsen von Barfußärzten und Gründung eines genossenschaftlichen medizinischen Betreuungssystems auf den Dörfern,
9. Studium der historischen Erfahrungen der Kämpfe zwischen der konfuzianischen und der legalistischen Schule sowie der Klassenkämpfe insgesamt durch die Millionenmassen,
10. Dreierverbindung von Älteren, Personen mittleren Alters und jungen Menschen in den Führungsgruppen aller Ebenen,
11. Studienkurse für die Ausbildung von Arbeiter-, Bauern- und Soldatenkadern,
12. Teilnahme der Kader an körperlicher Arbeit,
13. Hervortreten zahlreicher vorbildlicher Einheiten in der Landwirtschaft, in der Industrie, im Handel, auf kulturellen Gebieten und im Erziehungswesen.

Das „sozialistische Neue“ entstehe im ewigen Kampf der zwei Klassen und zwei Linien. Die Geschichte des Kampfes entwickelè sich in einer Spiralbewegung, niemals geradlinig.

Was hier im schönsten Licht erscheint, wird von den Nachfolgern in düsteren Farben gemalt:

Die dogmatische Wirtschaftspolitik („Getreide und Stahl als Kettenglieder“) habe zu Verzerrungen im Gleichgewicht zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren geführt. Die Indu-

strie sei auf Kosten der Landwirtschaft, die Schwerindustrie auf Kosten der Leichtindustrie und des Wohnungsbaus, die metallurgische Industrie auf Kosten des Energie- und Infrastruktursektors bevorzugt worden. Die Folge: Es wüchsen immer größere Stahlwerke aus der Landschaft, während immer mehr Menschen sich mit immer kleineren Wohnungen, immer bescheideneren Konsumzuwendungen und immer weniger Energie begnügen mußten. Der Mensch lebt nur einmal — und er darf nicht nur von einer fernen Hoffnung zehren.

Im Bereich des Militärwesens war China bei seinen Volkskriegserfahrungen und bei der Technologie der frühen fünfziger Jahre stehengeblieben und hätte, wenn es zur offenen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion käme, zunächst wohl kaum Abwehrchancen.

Im politischen Bereich waren die Partei- und Regierungsinstitutionen durch die Kulturrevolution zerschlagen und durch sogenannte „Revolutionskomitees“ ersetzt worden, die Rätecharakter haben sollten, die aber in Wirklichkeit von kulturrevolutionären Agitatoren und Militärs durchgesetzt waren, die zwar politischen Eifer, aber kaum Sachverstand mitbrachten. Durch die Kulturrevolution waren auch längst geplante Gesetzgebungswerke aufgeschoben und die letzten Reste der Verfassung von 1954 ad absurdum geführt worden. Die politische Auseinandersetzung spielte sich nicht mehr in verfassungsmäßig oder parteistatutenmäßig geregelten Formen ab, sondern erschöpfte sich im interfraktionellen Grabenkrieg und in „Klassenkämpfen“, die bald als „Antikonfuziuskampagne“, bald als „Bewegung gegen den Kapitalismus“ etc. in Erscheinung traten, sich letztlich aber gegen jene Zhou Enlai-Gruppe richteten, die versucht hatte, der kulturrevolutionären Anarchie entgegenzusteuern.

Das Kulturleben des (damals) 900-Millionen-Volkes reduzierte sich auf die acht „Musteropern“ Jiang Qings sowie auf die Lektüre von Mao-Werken, die am Ende gar noch auf die Aphorismensammlung des „Kleinen Roten Buchs“ eingedampft worden waren. Die Schriften Maos haften zu dieser Zeit ihre im konkreten politischen Kontext einst so lebendige Wirkung längst verloren und waren zum Staatsmaoismus erstarrt. Gleichzeitig hatte sich um den „Vorsitzenden“ ein regelrechter Personenkult entwickelt.

Nicht zu Unrecht bezeichnet die heutige Propaganda die Jahre zwischen 1966 und 1976 als „zehnjährige Katastrophe“.

## 2. Die Machtergreifung der antikulturrevolutionären Kräfte

### a) Die Personalpolitik der Sieger

Der „Staatsstreich“ von 1966/67, durch den die Kulturrevolutionäre um Mao Zedong die ZK-Mehrheit um Liu Shaoqi und Deng Xiaoping ausgeschalteten hatten, wurde am 6. Oktober 1976 durch einen zweiten Staatsstreich gleichsam wieder aufgehoben.

Von Anfang an gab es zwischen den Siegern eine erregte Diskussion um die Frage, ob der im April 1976 zum zweiten Mal gestürzte Deng Xiaoping in die Führung zurückgeholt werden sollte. Personalistisch, wie die chinesische Politik nun einmal — trotz aller anderslautenden marxistischen Selbstdarstellungen — ausgerichtet ist, war die Entscheidung für oder gegen die Person Dengs bereits für das gesamte nachmaoistische Programm vorentscheidend.

Obwohl maßgebende Politbüromitglieder wie Partei- und Regierungschef Hua Guofeng oder aber die Nummer Fünf in der Führung, Wang Dongxing, sich gegen Deng aussprachen, wurde dieser im Juli 1977 dann doch wieder formell in seine drei Ämter als stellvertretender Parteivorsitzender, stellvertretender Ministerpräsident und Generalstabschef eingesetzt. Kaum im Amt, arbeitete Deng zielbewußt auf eine personelle Säuberung des Parteiapparats von kulturrevolutionären Elementen sowie auf ein Reformprogramm hin, das die bisher vorherrschenden maoistischen sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen auf den Kopf stellen sollte.

Der Säuberungsprozeß ist auch 1982 noch nicht ganz abgeschlossen und bisher in fünf Phasen verlaufen:

— Zwischen 1978 und 1980 wurden die ersten „Provinzfürsten“, unter ihnen der Pekinger Bürgermeister, abgesetzt.

— Im Frühjahr 1980 (5. Plenum des XI. ZK) wurden die vier führenden Kulturrevolutionäre in der Pekinger Parteizentrale entmachtet, nachdem sie schon vorher als „Windfraktion“ (sie drehten sich nach jedem Wind), als „Erdbebenfraktion“ (sie warteten auf ein ihnen günstiges politisches Erdbeben) und als „Zweiwas-auch-immer-Fraktion“ (was Mao auch immer gesagt und getan hat, bleibt unantastbar) unter Beschuß geraten waren. Gleichzeitig wurden die späteren Premiers und Parteivorsitzenden Zhao Ziyang und Hu Yaobang — zwei Schützlinge Dengs — ins Politbüro aufgenommen.

— Ebenfalls 1980 kam es, zum dritten Mal nach 1954 und 1974, zu einem umfangreichen Militärrevirement, bei dem acht von elf Wehrebereichskommandanten auf neue Posten versetzt und ein alter Deng-Mitkämpfer, Yang Dezhi, anstelle Dengs zum Generalstabschef ernannt wurde.

— Im August/September 1980 (3. Plenum des V. Nationalen Volkskongresses) wurde der Staatsapparat neu besetzt. Hua Guofeng hatte dabei seinen Ministerpräsidentenposten an Zhao Ziyang abzugeben; gleichzeitig traten sieben stellvertretende Ministerpräsidenten zurück, und zahlreiche hochqualifizierte Fachleute erhielten Ministerposten. Ein dreiviertel Jahr später hatte Hua Guofeng auch noch von seinem Posten als Parteivorsitzender zurückzutreten und seinem Konkurrenten Hu Yaobang Platz zu machen (Juni 1981).

— 1982 erfolgte der Übergang von der harten zur „weichen Säuberung“. Unter der Bezeichnung „Strukturreform“, die äußerlich gesehen nur mit Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung zu tun hatte, wurde auch der Bestand an Ministern und Kommissionsvorsitzenden durchforstet. Nicht nur die Zahl der Staatsratsorgane wurde verringert (von der Strukturreform waren 50 Ministerien und Kommissionen betroffen, die auf 19 zusammengelegt wurden), sondern auch der Personalbestand. Statt 51 Ministern gibt es jetzt nur noch 41, von denen wiederum 25 neu ernannt wurden und die nunmehr ein Durchschnittsalter von 61 Jahren aufweisen; gleichzeitig wurde die Zahl der Vizeminister von 362 auf 130 reduziert, unter denen wiederum 30% „Neulinge“ waren. Nur 15% der stellvertretenden Minister haben die jüngste Reform überlebt.

Man kann in diesem personellen Rückschnitt einerseits eine Verjüngungs- und „Verfachlichungs“-Maßnahme erblicken (das Höchstalter für Minister wurde überdies auf 65, das der Vizeminister auf 60 Jahre festgelegt), man kann ihn aber auch als politische Säuberungsmaßnahme interpretieren. Andererseits ist die Frage erlaubt, ob die Neuorganisation nicht in erster Linie darauf abzielte, unqualifizierte

und der Kulturrevolution nachtrauernde Kader aus verantwortlichen Positionen zu entfernen<sup>1)</sup>.

Die Personalpolitik der Deng-Führung seit 1977 läßt den Schluß zu, daß leitende Funktionäre vor allem nach drei Kriterien gemessen werden:

1. Auf welcher Seite standest Du am 6. Oktober 1976?
2. Hast Du eine positive Leistungsbilanz aufzuweisen? (Vor allem der neue Ministerpräsident Zhao Ziyang hat einen solchen Nachweis im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Provinz Sichuan erbracht).
3. Bekennst Du Dich zum „Neuen Testament“ vom Dezember 1978?

#### b) *Das Sachprogramm der Reformer*

Deng Xiaoping konnte seine Vorstellungen beim 3. Plenum des XI. ZK (11. November bis 15. Dezember 1978) durchsetzen und beendete damit ein monatelanges Tauziehen, das auch auf dem Kongreß selbst noch fortgedauert hatte. Dieses Treffen war ursprünglich nur auf drei Tage angesetzt worden, dehnte sich dann aber zu einer zeitlichen Mammutveranstaltung von 34 Tagen aus. Am Ende ging Deng als triumphierender Sieger hervor. Er hatte es verstanden, sich als Nachfolger jenes Zhou Enlai zu präsentieren, dessen Gloriole nach 1976 das Bild Maos überstrahlen begann. Deng optierte ideologisch für die Aufhebung des Klassenkampfprinzips und für die Entmaoisierung (Parteibeschuß: „Der Schwerpunkt der KP-Arbeit wird vom Klassenkampf auf die Modernisierung verlagert“), wirtschaftlich für die Einführung des Leistungsprinzips, der materiellen Anreize, der Marktgesetze und der Betriebsautonomie, organisatorisch für die Abschaffung der „Personenherrschaft“ zugunsten einer „Herrschaft des Rechts“ und personalpolitisch für die Ablösung der Apparatschiki durch qualifizierte Fachleute.

Die neue „Generallinie“ lautete, auf eine Kurzformel gebracht: Vom Klassenkampf zur Modernisierung, vom Maoismus zur „Wahrheit in den Tatsachen“.

## II. Das Dengsche Reformwerk: Ziele, Errungenschaften, Defizite

### 1. Ziele: Ein neuer Modus vivendi

Schlagwortartig ausgedrückt, hat sich die Bevölkerung Chinas seit Mitte der fünfziger Jahre verdoppelt, während das Bruttosozial-

produkt sich halbiert hat — mißt man nämlich das tatsächlich erreichte Ergebnis an jenen

<sup>1)</sup> Ausführlich hierzu: Peter Schier und Wolfgang Bartke in: China aktuell, Mai 1982, S. 263—273 (265, 267).

Zuwachsen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erreichen gewesen wären, wenn sich China nicht ein politisches Dauexperiment von 20 Jahren geleistet hätte. Gleichzeitig hat sich die ohnehin schon knapp bemessene Ackerfläche Chinas durch die Ausdehnung der Städte und Industrien um rund 23 Mio. ha verringert, also um ein Areal, das der Gesamtanbaufläche der Bundesrepublik Deutschland entspricht.

Die nachmaoistische Führung war angesichts solch erschreckender Entwicklungen zu der Einsicht gezwungen, daß die Revolution nicht mehr Vorrang vor der Produktion haben durfte, sondern daß um jeden Preis zunächst einmal die Ernährungs- und Wirtschaftsbasis des Landes gesichert werden mußte — notfalls auf Kosten „revolutionärer“ Vorstellungen.

Es galt m. a. W. in erster Linie nach einem neuen Wirtschaftskonzept zu suchen, mit dessen Hilfe sich die Ernährung einer wachsenden Einwohnerzahl sichern, die Nachfrage nach Arbeitsplätzen befriedigen und der Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft bewerkstelligen ließ. Mit der bisherigen Ideologie und den überkommenen Strukturen war hier kaum noch etwas anzufangen; gefragt war vielmehr eine „Modernisierung“ im politischen, ideologischen, rechtlichen und kulturellen Bereich.

Sollten neue Formen greifen, so mußten zuerst die alten beseitigt werden; daher galt es, eine Übergangsperiode einzuleiten, die zunächst auf die Jahre 1979 bis 1981 begrenzt war, dann auf 1985 limitiert wurde und inzwischen noch ungefähren Zeiträumen Platz gemacht hat. In dieser Zeitspanne sollten die Verhältnisse — und zwar nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet — „reguliert“, „umgestaltet“, „zur Ausrichtung gebracht“ und „im Niveau gehoben“ werden — so die immer wiederkehrende Vierzahl der Zwischenziele.

Kurzfristig beschloß die Führung eine Durchforstung des statistischen Materials, nicht zuletzt aber auch eine Offenlegung von Defiziten, die bisher durch die öffentliche Propaganda noch allemal unter den Teppich gekehrt worden waren. U. a. sollte auch eine Volkszählung durchgeführt werden.

Schaffung von Transparenz, Beseitigung überkommener Mißstände und Modernisierung — so also lauten stichwortartig die kurz-, mittel- und langfristigen Ziele der nachmaoistischen Führung.

## 2. Maßnahmen der Modernisierung

Die Wirkungen des neuen Programms waren durchschlagend. Tausende von ehemaligen „Revisionisten“ wurden innerhalb weniger Monate rehabilitiert und in Leitungspositionen zurückgeholt; in der Wirtschaft kam es zum Einbau von marktwirtschaftlichen Elementen in die bisherige Planwirtschaft; in der Industrie entstanden erste Ansätze eines selbständigen Managements, im Außenhandel wurden Joint Ventures und Sonderwirtschaftszonen gegründet; in der Landwirtschaft wurde das der individuellen Bauernschaft günstige Haushaltsquotensystem eingeführt; der Wissenschaftsapparat erhielt höhere Zuschüsse; der Gesetzgebungsapparat begann auf Hochtouren zu laufen; Schriftsteller holten ihre alten Manuskripte aus der Schublade; die verschiedenen Religionen durften wieder ihre Gottesdienste ausüben, gleichzeitig überzogen sich die Mauern der Städte mit einer bunten Folge von Wandzeitungen, auf denen der Parteiapparat, der Staat und die Kulturrevolution hinterfragt und angeklagt wurden — und dies alles innerhalb von nur wenigen Monaten im Jahre 1979!

Wie schon bei der Hundert-Blumen-Kampagne im Jahre 1957 forderte die überwältigende Mehrheit der Partei, nachdem sie ihren ersten Schock überwunden hatte, schnelle und strikte Repressionsmaßnahmen: Wenn Landwirtschaft und Industrie im bisherigen Emanzipationstempo fortführen, wären die Politriks schon bald überflüssig; wenn die Wandzeitungen das Wort behielten, werde die Partei über kurz oder lang nichts mehr zu sagen haben; wenn Staats- und Parteiposten voneinander getrennt würden — wo bliebe da am Ende die Parteiführung!? Und überhaupt: Seit wann werden Konflikte von den Massen ausgetragen!? Seit 2000 Jahren findet Opposition, wenn man einmal von den großen Massenbewegungen der verschiedenen Bauernaufstände absieht, immer nur intra-elitär statt. Diesem Verlangen mußte auch die Führung um Deng Rechnung tragen, zumal sie kaum etwas hätte gewinnen können, wenn Ereignisse, wie beispielsweise der mißlungene „Erziehungsfeldzug“ vom Februar/März gegen Vietnam, in aller Öffentlichkeit diskutiert worden wären.

Da die Deng-Führung auch beim Rückzug die Initiative nicht verlieren wollte, verkündete sie am 30. März 1979 die inzwischen so berühmt gewordenen „Vier Grundprinzipien“.

nur durch die vorgeschrieben wurde, daß man auch künftig festhalten müsse an der KP-Führung, am Sozialismus, an der Diktatur der Proletariats und an den Mao-Zedong-Ideen — in allererster Linie freilich an der KP-Führung! Deng ließ außerdem die Wandzeitungen wieder verbieten und schwang erneut den „großen Knüppel“ gegen Literaten und Filmregisseure, die sich, wie im Falle des viel diskutierten Spielfilms „Bittere Liebe“, zu weit mit ihrer Kritik an der Partei vorgewagt hatten. Hier zeigte sich einer jener „Widersprüche“, die u. a. für die gesamte Liberalisierungs- und Wieder-Verschärfungs-Politik der VR China seit 1949 charakteristisch geworden sind, und für die sich auch heute noch weitere Beispiele finden lassen: so hatte etwa Deng dem Außenhandel mächtige Impulse gegeben, um dann am Ende doch wieder die chinesische „Autarkie“ zu betonen. Er setzte sich für die Kürzung des Militärhaushalts ein, um dann ostentativ dem größten und kostspieligsten Militärmanöver (in Nordchina, Herbst 1981) zu präsidieren. Deng bekämpfte die Kulturrevolution, erklärte aber gleichzeitig den urkulturrevolutionären Helden Lei Feng zum Modell eines „geistig zivilisierten“ Neuen Menschen. Dies waren Widersprüche, in die sich die Deng-Fraktion während der Auseinandersetzung mit ihren beiden ernsthaftesten Machtkonkurrenten verding.

Offiziell ist immer von den „Vier Modernisierungen“ die Rede, und zwar auf den Gebieten Landwirtschaft, Industrie, Militärwesen und Wissenschaft (in dieser Reihenfolge). Daneben findet die „Modernisierung“ aber auch noch in vielen anderen Bereichen statt, so z. B. im politischen System, in der Verwaltungsapparatur, im Recht, in der Eigentumskonzeption, in der Ideologie und nicht zuletzt in der Außenpolitik.

Im vorliegenden Zusammenhang sind nur die innenpolitisch relevanten Modernisierungen zu behandeln.

#### a) Die „Modernisierung“ des politischen Systems und des Verwaltungsapparats

Wichtigste Eigenart des politischen Systems der VR China ist der Dualismus zwischen Danwei- und Transdanweibereich. „Danwei“ heißt Einheit. Der einzelne ist in erster Linie nicht Individuum, sondern Danweimitglied. Danwei ist jener organisatorische Raum, in dem jeder seine Arbeit ableistet und zum Teil auch sein Leben führt, wobei die Tendenz besteht, daß Produktions- und Konsumtionssphäre mög-

lichst deckungsgleich sind, obgleich beide Bereiche manchmal auch auseinanderbrechen. Angesichts des Mangels an Freizügigkeit, die mit der zurückgebliebenen Infrastruktur, vor allem aber mit der Einmilliardenzahl der Chinesen zu tun hat, sind diese Danweis in hohem Maße stabil und ermöglichen strikte Sozialkontrolle. Die Danwei ist Geburtsort, Schule, Arbeitgeber und — von wenigen Ausnahmen abgesehen — lebenslanger Aufenthaltsort. Es gibt in China im allgemeinen nicht Demokratie, sondern nur Danwei-Demokratie, nicht Sozialpolitik, sondern Danwei-Sozialpolitik, und nicht Sozialismus, sondern Danwei-Sozialismus<sup>2)</sup>.

Im Trans-Danwei-Bereich haben sich eine Reihe von Mechanismen eingespielt, die mit dem offiziellen — sozialistischen — Selbstverständnis nur mühsam in Einklang zu bringen sind:

So läßt sich beispielsweise eine starke „Personalisierung“ politischer Funktionen beobachten, in deren Gefolge sich ganze Seilschaften von Landsleuten, ehemaligen Mitkämpfern und Freunden zu informellen Interessenbündnissen zusammenfinden; Macht wird ferner ausgeübt durch Informationsdosierung mittels strenger Amtsgeheimnis-Vorschriften; wichtige Entscheidungen werden nicht in den offiziellen Gremien getroffen (dort herrscht fast immer Einstimmigkeit), sondern auf informellen Veranstaltungen vorgefiltert; Opposition vollzieht sich nicht in offener Feldschlacht, sondern verdeckt und hinter den Kulissen. Zhou Enlai wurde beispielsweise mehrere Jahre lang von der „Viererbande“ nicht direkt und offen kritisiert, sondern als „Konfuzius“ mit versteckten Anspielungen diffamiert. Das „Schattenschießen“ war schon im traditionellen China alltäglich.

Es darf kein Zweifel sein, daß auch die nach-maoistische Führung die Danweis als höchst effiziente Agenturen der Sozialkontrolle im kleinen beibehalten will. Die einzelnen „Modernisierungs“-Ansätze bleiben auf den Transdanweibereich beschränkt und haben sich hier vor allem dreifach ausgewirkt, nämlich in Richtung Demokratisierung, Strukturreform und im Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität.

„Demokratisierung“ soll auf Beseitigung des bisher so häufig geübten „Kommandismus“

<sup>2)</sup> Zu diesen Zusammenhängen systematisch Oskar Weggel, China. Zwischen Revolution und Etikette. Eine Landeskunde, München 1981, S. 78 ff.

hinauslaufen und zielt vor allem auf sechs Maßnahmen ab:

1. Die Stärkung der Volkskongresse aller Ebenen gegenüber der bisher allmächtigen Partei- und Staatsbürokratie;

2. die Trennung zwischen Parteiausschuß und Verwaltung/Management: Die Partei solle, wie es heißt, künftig nur noch indirekt führen und sich nicht mehr direkt in Verwaltung und Justiz einmischen;

3. die Stärkung der örtlichen Ebenen (früher galt der Grundsatz: „Je zentraler, desto sozialistischer“);

4. die Autonomie/Teilautonomie der Betriebe;

5. Reform des Kadersystems: Zum Hauptkriterium für die Demokratisierung des Kaderapparates gehört neben Wahl und laufender Kontrolle vor allem die Absetzbarkeit der Amtsträger durch Beschlüsse der Basis. Bis 1981 hatte es u. a. keine Altersbegrenzungen gegeben. Der Kader starb auf seinem Beamtenstuhl;

6. durch einen weiteren Ausbau des Rechtssystems soll dafür gesorgt werden, daß die Herrschaft durch Gesetz anstelle der „Herrschaft durch Menschen“ tritt, daß also jedermann vor dem Gesetz wirklich gleich ist.

Hauptproblem bei diesen Reformen ist der Versuch, altgediente Kader in den Ruhestand zu schicken. Dies widerspricht nicht nur altkonfuzianischen Grundsätzen, die im stillen weiterleben, sondern auch den revolutionären Verdiensten der Amtsinhaber:

— Die seit Anfang 1982 laufende „Strukturreform“-Bewegung dient offiziell der Verwaltungsvereinfachung, der Verjüngung und der erhöhten Leistungsfähigkeit, ist gleichzeitig aber, wie oben bereits ausgeführt, auch ein Mittel, um politisch unliebsame Kader aus Spitzenämtern zu entfernen.

— Der Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität schließlich hat das Ziel, Korruptionsfälle offenzulegen, die angesichts der Verquickung von administrativer und wirtschaftlicher Verfügungsmacht in China der letzten 20 Jahre zum Kaderalltag gehören. Dies geht zumindest aus einer Fülle von Protokollen hervor, die in jüngster Zeit regelmäßig veröffentlicht werden.

Der inzwischen auf vollen Touren laufende Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität führte zu einem paradoxen Ergebnis: Ausgerechnet zu einer Zeit, da die Partei mit sich ins

reine zu kommen versucht, verliert sie an Ansehen; die Desillusionisierung der Bevölkerung wächst mit dem Maß der Offenlegung; gleichzeitig sind Prozesse gegen korrupte Kader höchst populär.

### b) Ansätze zu einer „Verrechtlichung“

Dreißig Jahre lang kam die VR China ohne ein Strafgesetz, ohne eine Strafprozeßordnung, ohne ein Zivilgesetzbuch, eine Zivilprozeßordnung und ohne formelle Wirtschaftsgesetze aus. Zivilrechtsprechung fand im allgemeinen in Form der Arbitrage statt; Straftaten wurden je nach dem „Zorn“ oder aber der „Milde“ der Massen abgeurteilt. Es gab kein *nulla poena sine lege*, keine Möglichkeit zur Einlegung von Rechtsmitteln, keine wirkliche Waffengleichheit zwischen Staatsanwaltschaft und Angeklagten, kein *in dubio pro reo*, keine Verfassungsklagen, keine offizielle Kommentierung und — von ein paar Rudimenten abgesehen — auch keinen Juristenstand.

1979 begann sich das Blatt zu wenden: Im Juli erging ein Strafgesetzbuch und eine Strafprozeßordnung sowie ein — neugefaßtes — Gerichts- und Staatsanwaltschaftsgesetz. Mit dem Joint-Venture-Gesetz begann auch die Legislative im Wirtschaftsbereich anzulaufen (Zusatzregelungen zum Joint Venture; Steuer-gesetze etc.). Auch eine Rechtsanwaltsordnung, ein Gesetz über Wirtschaftsverträge und eine Zivilprozeßordnung sind inzwischen ergangen. Das lang erwartete Zivilgesetzbuch steht vor seiner Verabschiedung<sup>3)</sup>.

Auf den ersten Blick klingt dies alles vielversprechend; nur leider werden die Gesetze, vor allem das Strafgesetzbuch, nicht allzu wörtlich genommen. Dies zeigte sich beispielsweise beim Prozeß gegen die „Viererbande“, bei dem sich das Gericht neun Verstöße gegen die Strafprozeßordnung und drei Verstöße gegen das Strafgesetzbuch erlaubte<sup>4)</sup>. Schlimmer

<sup>3)</sup> Der Wortlaut des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Wirtschaftsvertragsgesetzes und der Zivilprozeßordnung wurden vom Autor dieses Artikels übersetzt und abgedruckt in: China aktuell, Juli 1979, S. 799—828; StGB (übersetzt zusammen mit Michael Strupp), in: China aktuell, September 1979, S. 982—1011 (StPO, übersetzt zusammen mit Wolfgang Keßler und Michael Strupp); Wirtschaftsvertragsgesetz in: China aktuell, Dezember 1981, S. 812—824, und Zivilprozeßordnung in: China aktuell, März 1982, S. 135—157).

<sup>4)</sup> Dazu ausführlich Oskar Weggel, Theorie und Praxis der chinesischen Rechtspflege (Anmerkung zur juristischen Handhabung des Prozesses gegen die „Vierer/Zehner-Bande“, in: China aktuell, Januar 1981, S. 32—40.

noch: durch die Vorschriften über Arbeitserziehung haben Verwaltungsbehörden die Möglichkeit erhalten, Personen, die sich nicht ordentlich betragen, auch ohne Vorliegen einer Straftat kurzerhand jahrelang hinter Schloß und Riegel zu bringen — eine Methode, mit der sich die von formellen Fußangeln nur so strotzende Strafprozeßordnung bequem umgehen läßt<sup>5)</sup>. In den 1982 erlassenen Ergänzungen zum Strafgesetzbuch, die u. a. neue Tatbestände gegen Wirtschaftsverbrechen einführen, werden überdies Todes- und schwere Gefängnisstrafe auch gegen solche Personen festgelegt, die ihre Straftaten bereits vor Erlaß dieser Ergänzungen begangen haben — ein klarer Verstoß gegen den im Strafgesetzbuch selbst festgelegten Grundsatz des *nulla poena sine lege*<sup>6)</sup>.

1982 erging auch eine neue Verfassung, die im wesentlichen wieder an die Regelungen der ersten Verfassung von 1954 anknüpft. Insgesamt hat China bisher vier solcher Grundgesetze erlassen (1954, 1975, 1978 und 1982) — nicht gerade ein Musterbeispiel für ruhige Beständigkeit, von der ein „Grundgesetz“ doch eigentlich erfüllt sein sollte.

#### *c) Die Überprüfung des Eigentumbegriffs*

Bis Ende 1978 galten als Kriterien für die Überlegenheit des sozialistischen Eigentums zwei Eigenschaften, nämlich die Größe einer Einheit („Je größer, desto besser“) und der Grad der Organisiertheit („Je mehr der Volkskommune gehört, um so besser, je mehr der Produktionsmannschaft, um so schlechter“).

Neuerdings gilt hier ein neues Fortschrittsmerkmal, nämlich die Effizienz eines Gegenstands im konkreten wirtschaftlichen Zusammenhang. Der Traktor eines Privathaushalts kann also u. U. sozialismusgemäßer sein als ein Kollektivtraktor, falls er den „Entwicklungsstand der Produktivkräfte“ besser fördert. Man sieht: Die Suche nach Produktionssteigerungen und -verbesserungen bringt auch eine Relativierung des sozialistischen Eigentumsbegriffs mit sich. Die drei Formen des Eigentums (staatlich, kollektiv und privat) haben de facto fast wieder gleichen Rang erhalten.

<sup>5)</sup> Hierzu ausführlich mit Nachweisen: Oskar Weggel, Schuld und Sühne: Danwei-, Anstalts-, Laojiao-, Laogai- und Gefängniserziehung in China, in: China aktuell, Oktober 1981, S. 660—667.

<sup>6)</sup> Hierzu ausführlich: China aktuell, März 1982, S. 157—159.

Dies wird besonders deutlich an zwei neuen Entwicklungen:

— Da ist einerseits (im Landwirtschaftsbereich) das „Haushaltsquotensystem“, in dessen Zusammenhang die Haushalte als Unternehmer in den Vordergrund treten. Die nach wie vor kollektiv organisierten Produktionsmannschaften überantworten ihnen auf vertraglicher Basis für einen befristeten Zeitraum Aufgabenbereiche, wie z. B. die Aufzucht einer bestimmten Zahl von Hühnern, die Bearbeitung eines Naß- oder Trockenfeldes, die Herstellung von Seide oder die Anfertigung von Werkzeugteilen — Aufgaben also, die der betreffende Haushalt dann in Eigenverantwortung zu bewältigen hat. Erwirtschaftet er ein Übersoll, erhält er Prämien, bleibt er unter den Vereinbarungen, handelt er sich Strafpunkte ein.

Der Vorteil dieser Entwicklung liegt auf der Hand: Sie steigert die Leistungsbereitschaft der Bauern. Der Nachteil besteht darin, daß die Kollektiv- zugunsten der Haushaltsarbeit vernachlässigt wird, und daß überhaupt der Sozialismus an seinen Fundamenten, nämlich den Vorstellungen vom Gemeineigentum an Produktionsmitteln, angegriffen wird.

Auch im Bereich der Industrie und des Handwerks gibt es ähnliche Entwicklungen: Am 15. Juli 1981 erging eine Verordnung des Staatsrats, die das Einzelwirtschaftssystem künftig auch für Mittel- und Kleinbetriebe im städtischen Bereich zuläßt und in diesem Zusammenhang gestattet, daß Einzelbetriebe dort nicht nur Produktionsmittel als Eigentum besitzen, sondern auch bis zu fünf Arbeitskräfte anheuern dürfen. Merkwürdig genug klingt die Begründung: Es handele sich hier nur um eine „kleine Ausbeutung“, die obendrein aufgrund des niedrigen Entwicklungsstands der Produktivkräfte als gerechtfertigt angesehen werden müsse. Hier tickt ein Sprengsatz im Sozialismusgebäude der Volksrepublik. Das Dilemma lautet heute: Rechtfertigt höhere Produktion den Verzicht auf sozialistische Prinzipien?

#### *d) Die Modernisierung des Militärwesens*

Ein militärisches Gleichziehen mit den beiden Supermächten kommt für China auf absehbare Zeit schon aus finanziellen Gründen nicht in Betracht. „Modernisierung“ kann unter den heutigen Gegebenheiten also nur auf Teilmaßnahmen hinauslaufen:

Da ist zunächst der Nachholbedarf an moderner Ausrüstung. China ist in der glücklichen Lage, daß seine beiden an die Sowjetunion angrenzenden Landesteile im Nordosten (frühere Mandschurei) und Nordwesten durch Gebirgsketten abgeriegelt sind, die sich nur an wenigen Stellen passieren lassen. Die Verteidigungsanstrengungen müssen sich also lediglich auf diese „Flaschenhalse“ konzentrieren. Das chinesische Militär hat inzwischen einige der neben den Einfallpforten gelegenen Berge mit Bunkern und in den Fels hineingehauenen Straßen versehen, kann hier also jeden ersten Schlag überstehen. Tritt der Feind gleichwohl zum Angriff an, so dürften sich bei der Armee vor allem drei Schwächen bemerkbar machen.

Sie ist „halbblind“ (d. h. es fehlen vor allem hochwertige Informations- und EDV-Geräte), sie ist abwehrend (d. h. konzentrierten sowjetischen Panzerangriffen nicht gewachsen, es sei denn, daß sie gleich die nukleare Keule einsetzt), und sie ist weitgehend bewegungsunfähig — ein Mangel, der mit der unterentwickelten Infrastruktur des Landes zusammenhängt, der sich langfristig aber auch zu Ungunsten des Gegners auswirkt. Modernisierung heißt also zunächst einmal Ausfüllung dieser drei Lücken, heißt aber auch bessere Ausbildung (etwa im Sinne jenes großangelegten Verbundtrainings, wie es im Herbst 1981 in Nordchina stattfand) und Anpassung der institutionellen Strukturen an die Erfordernisse des Umgangs mit modernstem Gerät. Langfristig wird sich also das maoistische Volkskriegskonzept mit seiner Beschränkung auf die „geistige Atombombe“ des Kampfwillens und auf „Gewehre plus Hirse“ kaum aufrechterhalten lassen, zumindest muß es ergänzt werden durch einen modernen militärischen Sektor, der dann jedoch am Ende tendenziell auch die Volkskriegsstrukturen überlagern dürfte.

Es fällt auf, daß die militärische Modernisierung, obwohl sie offiziell immer an dritter Stelle genannt wird, gegenüber Landwirtschaft, Industrie und Wissenschaft einen auffällig bescheidenen Stellenwert einnimmt. Vielleicht kehrt China langfristig wieder zur „Normalität“ (wie sie vom Durchschnittsbürger als solche empfunden wird) zurück. „Normal“ in diesem Sinne war 2000 Jahre lang die absolute Priorität des zivilen vor dem militärischen Element, der Politik vor der militärischen Auseinandersetzung und des „Straffeldzugdenkens“ vor „kolonialer Gesinnung“, die ja durch eine enge Verbindung von Militarismus und

Handelsinteressen gekennzeichnet ist. 2000 Jahre lang suchte China anstehende Probleme möglichst mit nichtmilitärischen Mitteln zu lösen (dies ist übrigens ein bemerkenswerter Gegensatz zur heutigen vietnamesischen Praxis).

Das Militär hatte eine ähnlich negativ eingeschätzte Funktion wie beispielsweise auch das Strafrecht: Ein schöner Politiker, der auf Soldaten oder Richter rekurrieren mußte! Bewies er damit nicht einen Mangel an persönlicher Tugend und an Vorbildhaftigkeit!?

Außenpolitische Probleme wurden seit 2000 Jahren mit wohlgeprüften politischen Mitteln angefaßt, wie: „Man verbünde sich mit dem Fernen, um das Nahe zu bekämpfen“ (man denke an die heutige chinesische EG-Politik), „Man bekämpfe einen Barbaren mit dem anderen“ (die chinesische Kambodscha/Vietnam-Politik), oder „Man zivilisiere den Barbaren“ (chinesische Politik der modellhaften Selbstdarstellung, die in den sechziger Jahren z. B. auch auf die westliche Jugend wirkte).

Schon zeigen sich erste wirtschaftliche, soziale und politische „Einbußen“ der Armee: Der Militärhaushalt wird zusammengestrichen, die Armee ist nicht mehr, wie noch 1967, „Modell des ganzen Volkes“; eine mehr technische Einstellung macht sich breit. Im übrigen steckt China in der Anschaffung moderner konventioneller Waffen schon deshalb zurück, weil man eingesehen hat, daß eine Verbesserung des Militärwesens der Modernisierung von Industrie, Landwirtschaft und Wissenschaft nicht vorausgehen kann, sondern diesen vielmehr nachzuzufolgen hat. In der Zwischenzeit bleibt die Volkskriegsstrategie zwar erhalten, verliert in dieser Lückenbüßerfunktion allerdings immer mehr von ihrer ursprünglichen Ausstrahlungskraft.

Trotz aller Sparsamkeit im Militärischen scheut China aber nicht die Ausgaben in besonders forschungintensiven Bereichen strategischer Natur wie Erdsatelliten, Raketen und Kernwaffen. Wäre es nicht besser, das Geld für die Hebung des Lebensstandards einzusetzen? Die Antwort: Chinas Kernwaffentests seien begrenzt, dienen der Landesverteidigung, ferner dem Zweck der Brechung des Nuklearmonopols der Supermächte, nicht zuletzt aber auch dem Ziel, endlich die Kernwaffen überhaupt aus der Welt zu schaffen.

Ferner bestehe, ganz allgemein gesprochen, zwischen Spitzentechniken und der Verbesserung des Lebensstandards kein Gegensatz;

denn fortgeschrittene Wissenschaft und Technik seien die Voraussetzung für eine Verbesserung des wirtschaftlichen Lebens.

e) *Und wie steht es mit der „Modernisierung“ der Ideologie?*

Der maoistischen Ideologie werden — meist indirekt — vor allem drei gefährliche Irrtümer vorgeworfen, nämlich ihre „Gleichmacherei“ (z. B. „Reich = revisionistisch“, Verurteilung von Prämien und Leistungsanerkennung), ihre „Klassenkampforientierung“ und die „Schablonisierung des Denkens“, die jeder eigenen Initiative den Weg verbaut habe.

Statt Gleichmacherei wird heute die Anerkennung der Leistung in Form von Aufstiegschancen, Prämien etc., statt dem Klassenkampf die Modernisierung und statt dem Schablonendenken das Postulat anerkannt, die „Wahrheit in den Tatsachen zu suchen“ (und nicht etwa in einem maoistischen Dogma).

Die eigentliche Abrechnung mit Mao Zedong erfolgte in dem ZK-Beschluß „über einige Fragen unserer Parteigeschichte“ vom 27. Juni 1981, in dem eine Liste „ernsthafter linker Fehler“ Maos aufgeführt und überdies das „Mao-Zedong-Denken“ von der Person Maos getrennt wird (es sei letztlich ja eine „Kristallisation kollektiver Weisheit“). Die drei Kernpunkte der maoistischen Lehren seien die Masselinie, das Vertrauen auf die eigene Kraft und die Forderung, die „Wahrheit in den Tatsachen zu suchen“.

Der Maoismus wird mit anderen Worten mit dem Kernpostulat Deng Xiaopings gleichgesetzt.

Ein weiterer Versuch, das „Mao-Zedong-Denken“ auf den Modernisierungskurs zu eichen, bestand in der Herausgabe des V. Bandes der „Ausgewählten Werke“, die einen Zeitraum umfassen (1949 bis 1956), in dem Mao mehr als Pragmatiker hervorgetreten ist als in anderen Epochen. Diese Neuinterpretation ist eine typisch chinesische Methode, um den Revolutionär Mao in den „Modernisierer Mao“ umzuprägen.

Inzwischen zeigen sich Tendenzen einer Überlagerung der „Mao-Zedong-Ideen“ durch die Begriffswelt der sogenannten „geistigen Zivilisation“. Dieser erst seit 1980 verwendete Begriff ist zwar identisch mit dem, was Marx als „Überbau“ bezeichnet hat, zeigt aber bereits als neuer Terminus, daß die chinesische Führung auf dem besten Wege ist, die Genese eines Neuen Menschen und eines Neuen sozialistischen Bewußtseins aus dem maoistischen Kontext herauszulösen. Das Schlagwort von der „Befreiung des Denkens“ zielt letztlich auf eine Befreiung vom maoistischen Dogma überhaupt.

Was vom „Sozialismus“ in China letztlich übrigbleiben dürfte, ist die KP-Führung, die freilich teilweise auf eine Perpetuierung der alten Mandarin-Tradition hinausläuft.

Modernisierung der Ideologie wäre am Ende eine Befreiung von allen Dogmen, die der Modernisierung im Wege stehen könnten — mit Ausnahme des einen Dogmas, daß nämlich die KP nach wie vor die Zügel in der Hand behält.

### III. Ein Blick in die Zukunft

#### 1. „Krisen“?

China durchläuft zur Zeit eine kritische Epoche seiner Geschichte:

Es hat Wirtschaftskrisen zu bewältigen. Die Gleichgewichte zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren sind verzerrt. Jahrelang wurde der Investbau überbetont, die Infrastruktur vernachlässigt und das Konsumbedürfnis so gut wie nicht zur Kenntnis genommen. Selbst wenn diese „Disproportionen“ eines Tages überwunden sein sollten, stehen neue Gefahren vor der Tür: Arbeitslosigkeit, Finanzierungsschwierigkeiten und vor allem

die oben erwähnte Schere zwischen wachsender Bevölkerung und abnehmender Ackerfläche. In allererster Linie hat die Führung ihre Aufmerksamkeit heute der Bevölkerungsexplosion zuzuwenden. Sollte sie nicht in der Lage sein, ihre gegenwärtig praktizierte — aber immer noch nicht durchweg erfolgreiche — Ein-Kind-Politik durchzusetzen, so werden die Ernährungs- und Arbeitslosigkeitsprobleme in den neunziger Jahren Dimensionen annehmen, die nicht mehr bewältigt werden können. Wenn immer wieder behauptet wird, daß China seine Dilemmata nur mit Hilfe des Sozialismus lösen könne, so ist dies zumindest

insoweit richtig, als die Geburtenkontrollpolitik angesprochen ist. Hier wird ein „harter Staat“ auch in den nächsten Jahrzehnten unentbehrlich sein.

China durchläuft darüber hinaus gegenwärtig eine „Drei-Glaubenskrise“<sup>7)</sup>, nämlich eine Loyalitäts- (gegenüber der KP-Bürokratie), eine Glaubens- (gegenüber dem „Mao-Zedong-Denken“) und eine Vertrauenskrise (in die Zukunft). Jahrelang hatte die kulturrevolutionäre Propaganda ein strahlendes Bild vom chinesischen Sozialismus an die Wand geworfen. Ideologie bewährte sich hier eine Zeitlang als der Versuch, die Welt einfacher zu sehen, als sie ist. Inzwischen hat die Modernisierung zu einer „Entzauberung der Welt“ (Max Weber) geführt, wie sie Folge jeder Modernisierung zu sein scheint.

Nicht zuletzt aber ist von einer Krise in der chinesischen Führung die Rede — vor allem bei zahlreichen westlichen Meinungsmachern.

Ob all diese „Krisen“ zu lösen sind, wird sich noch zeigen müssen. Schon jetzt steht aber fest, daß es zum gegenwärtigen Kurs keine brauchbare Alternative gibt:

— Eine Politik des Neo-Maoismus scheint nach den Erfahrungen des Großen Sprungs und der Kulturrevolution heute kaum denkbar. Das maoistische Massenexperiment hat die chinesische Volkswirtschaft zwischen 1956 und 1976 jährlich einen BSP-Wachstumsverlust von 2% gekostet. Man hat erkannt, daß diese Art von Revolution zu „teuer“ ist. Jede kulturrevolutionäre Renaissance würde zu Wachstumsverlusten führen, die sich China angesichts seiner Bevölkerungsprobleme heute weniger denn je leisten kann. Außerdem wurde die letzte in sich geschlossene neo-maoistische Fraktion, wie oben bereits beschrieben, im Frühjahr 1980 abgehalftert.

— Unter der Oberfläche des politischen Lebens in China gibt es noch eine zweite Gruppierung, die ein geschlossenes Gegenprogramm zum Deng-Kurs besitzt, indem sie sich weiträumig an sowjetischen Modellen orientiert. Es ist dies die sogenannte „Erdölfraktion“, der zahlreiche Führungskader aus dem Energie- und Industriebereich angehören. Diese Koalition konnte sich — ganz im Dunstkreis der zentralen Großindustrie aufgewachsen — mit den Dezentralisierungsplänen der Reformen nie anfreunden. Deng Xiaoping nahm hier den Untergang einer Ölbohrinsel im Bomeer 1981 zum Anlaß, um einige Kader, u. a.

<sup>7)</sup> RMRB (Volkszeitung), 11. 10. 1980.

den Erdölminister, „auszugraben“ und die Anhänger, die bis zur Grauen Eminenz der Großbürokratie, Li Xiannian, hinaufreichte, zu warnen. Auch die „Strukturreform“ von 1982 hat zu einer weiteren Schwächung dieser Fraktion geführt.

Nach Ausschaltung der beiden ernsthaftesten Machtkonkurrenten, die zu einem geschlossenen Gegenprogramm fähig gewesen wären, gibt es in China heute keine geschlossene Opposition mehr, sondern nur noch gegnerische Gruppen, die Partikularinteressen verfolgen.

Dengs industrielles Dezentralisierungsprogramm beispielsweise stößt auf den Unmut der zentralen Wirtschaftsbürokratie, seine „Verrechtlichungspolitik“ widerspricht den Vorstellungen des an unbekümmertes Durchgreifen gewöhnten Sicherheitsapparats, seine Haushaltsquotenpolitik in der Landwirtschaft stellt die Existenzberechtigung der Dorfbürokratie in Frage, seine Kader-Pensionierungspolitik setzt Revolutionshelden gegen ihren Willen aufs Altenteil und seine Wehretatkürzungen erzürnen die Militärs — allenfalls der Wissenschaftsapparat kann zufrieden sein.

Alle diese Gruppierungen leiden daran, daß sie kein Alternativprogramm zu Dengs klarem Aufbaukurs besitzen. Sie nörgeln an den neuen Richtlinien herum, die ihnen von der Deng-Führung fast täglich beschert werden, bringen ab und zu ein paar Einwände aus dem „Alten Testament“, ziehen dann aber, nachdem sie ein paar Zugeständnisse erhandelt haben, wieder mit in der Reformkarawane.

Seine bisher feierlichste Bestätigung erfuhr der 1978 eingeleitete Reformkurs durch den XII. Parteitag, der vom 1.—10. September 1982 dauerte und bei dem das Parteispitzenpersonal neu gewählt, eine überarbeitete Parteisatzung erlassen und — eben — die politische Linie des 3. Plenums ex cathedra als korrekt bestätigt wurde: allen Zweiflern und Widersachern zum Trotz.

Die wichtigsten Änderungen des Parteistatuts passen genau zum Reformkurs: das Amt des — unter Mao so häufig als Rüstzeug des Personenkults mißbrauchten — Parteivorsitzenden wurde abgeschafft und durch eine „Kollektivführung“ (unter einem ‚Generalsekretär‘ an der Spitze) ersetzt. Für ältere Parteimitglieder entstand ein sogenanntes ‚Beraterkomitee‘. Veteranen werden hier mit anderen Worten in gesichtswahrender Form zugunsten des expertokratischen Nachwuchses ‚auf das Altenteil geschoben‘.

Solange der Reformkurs nicht grundlegend scheitert, kann Deng von der Ratlosigkeit seiner Gegner leben. Er hat es bisher noch immer verstanden, sie durch ein geschicktes divide et impera sowie durch verbale und sachliche Zugeständnisse vom Aufbau einer vereinten Anti-Reform-Front abzuhalten. Anders als der klassenkämpferische Mao ist er auch konsens-

fähig geblieben und hat es vermeiden können, daß die Fronten sich auf „zwei Lager und zwei Linien“ reduzieren. Der Zwang zum Dauerkompromiß verleiht seiner Politik freilich etwas Schillerndes und Unstetes — aber eine Alternative zum Reformkurs ist derzeit nicht in Sicht!

## VR China: Wirtschaft im Wandel?

1972 erkannte die Volksrepublik China erstmals die Existenz einer „Dritten Welt“. Seither versteht sie sich als Entwicklungsland, in optimistischer Selbstbeschreibung als „armes Land mit beginnendem Wohlstand“. Die chinesische Wirtschaftsgesellschaft ist mit ähnlich grundlegenden Problemen des Mangels und der Aufbauschwäche belastet wie andere große Entwicklungsländer. China stellt den Anspruch, ein sozialistisches Land zu sein. Das heißt, seine Lösungsversuche sind anders als die nichtsozialistischer Länder. Welcher Art sie sind, ist auch 1982 politisch ungeklärt. Zu keiner Zeit hat ein dauerhafter nationaler Konsens, ein gemeinsamer Entwicklungsausblick existiert, der der Problemvielfalt des Landes Rechnung trug und sie als nur langfristig lösbares Faktum akzeptierte. Die Wirklichkeit setzte Grenzen, die nach dem Willen der gegenwärtig vorherrschenden Führungsrichtung mit dem Schlagwort „objektive ökonomische Gesetzmäßigkeiten“ nachhaltig verdeutlicht werden sollen. Auch die Sprachformel „Praxis als einziger Maßstab der Wahrheit“ gilt als Ausdruck mühsamer Bestrebungen, in der chinesischen Partei- und Staatselite ein angemessenes Bewußtsein für Chinas Realität zu wecken. Dennoch scheint der alte Lösungs- und Kampagnenstil nur schwer zu sterben.

Am 7. Juli 1982 teilte das Statistische Zentralamt der Öffentlichkeit mit, daß der „Produktionswert der Gesamtindustrie in der ersten Hälfte dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum 1981 um 10,1 % gestiegen sei und daß die Ergebnisse besser als erwartet gewesen seien“<sup>1)</sup>. Die Schwerindustrie (Produktions- und Investitionsgüter) wuchs um 9,5 % und die Leichtindustrie (Konsumgüter) um 10,7 %. Die Ergebnisse wurden entsprechend gepriesen: „Chinas Volkswirtschaft hat sich auf den Weg des steten und gesunden Wachstums gemacht.“

Laut Artikel 11 der Verfassung der Volksrepublik China ist der Staat verpflichtet, die Volkswirtschaft „planmäßig und proportional“ zu entwickeln. Das Hauptinstrument der geplanten gleichgewichtigen Entwicklung ist der nationale Volkswirtschaftsplan. Die Kenn-

ziffern dieses Plans sehen für 1982 ein Wachstum der Leichtindustrie von 7 % und der Schwerindustrie von 1 % vor<sup>2)</sup>. Die Abweichung des tatsächlichen Wachstums im ersten Halbjahr 1982 ist frappant. Ähnliche Abweichungen zwischen geplantem und tatsächlichem Wachstum lassen sich auch für die Jahre 1980 und 1981 registrieren. Jedermann ist ersichtlich, daß die Untererfüllung von Plänen eine Minderleistung darstellt. Weniger offensichtlich ist, daß auch die Übererfüllung der Pläne eine negative Entwicklung, nämlich eine Nichterfüllung, anzeigen kann. Zur Verdeutlichung dieses Sachverhalts mag das alte Beispiel über die Bekanntgabe der enormen Übererfüllung der Handtaschenproduktion dienen. Die Schuhproduktion, die mit hoher Wahrscheinlichkeit ihr Ziel nicht erreichte, wird hingegen nicht erwähnt. Der Zusammenhang ist klar; die Planung ging von einer für beide Produkte insgesamt fixierten Menge an Rohmaterial (z. B. Leder) aus, die nicht ohne weiteres vermehrbar ist. Um es allgemein auszudrücken: die Sicherung des „beweglichen ökonomischen Gleichgewichts“, also die Verhinderung von Disproportionen zwischen allen Bereichen der Volkswirtschaft (Akkumulation — Konsumtion, Produktion — Konsum, Industrie — Landwirtschaft, Grundstoffindustrie — Investitionsgüterindustrie — Konsumgüterindustrie usw.), ist die Hauptaufgabe der staatlichen Plantätigkeit.

Um den „Verlust des Gleichgewichtes (bili shi-tiao)“ dreht sich die gesamte wirtschaftliche Diskussion im heutigen China. Die (Material-) Bilanzrechnung — ob in ihrer einfachen Form oder auf der Grundlage von sogenannten Input-Output-Analysen — zielt ihrer Definition nach in erster Linie auf die innere Konsistenz des Planes ab und legt im Rahmen politisch vorherbestimmter Präferenzen die mögliche Optimalabstimmung fest. Es erscheint wenig sinnvoll, die theoretische Diskussion nachzuvollziehen, ob der Optimierungsanspruch des auf der Bilanzrechnung beruhenden Systems tatsächlich erfüllt werden kann oder angesichts seiner innewohnenden „Funktionsprobleme“ zwangsläufig zum Scheitern verurteilt ist.

<sup>1)</sup> Xinhua News Agency, Beijing, 7. Juli 1982.

<sup>2)</sup> Ebd., 5. Mai 1982.

Der gesamte Problemverhalt wird zur Zeit von chinesischen Wirtschaftswissenschaftlern neu belebt. Nach den Erfahrungen ihrer osteuropäischen Kollegen wird man zu keinem endgültigen Ergebnis kommen. Tatsache ist jedoch, daß das Verfahren in der Praxis des Volkswirtschaftsprozesses nur bedingt funktioniert. Permanent treten Tendenzen zur Maximierung, d. h. zum Höchstwachstum weniger Präferenzbereiche auf. Die Stärkung dieser sogenannten Kettenglieder geht zwangsläufig zu Lasten der restlichen Bereiche. Die Gründe dafür, daß das System, das mit dem Anspruch angetreten ist, eine proportionale Entwicklung zu garantieren, mehr als jedes andere System fortlaufende Disproportionen erzeugt, liegen nicht so sehr — wie häufig in westlichen Medien bespöttelt — in der Inkompetenz der Wirtschaftsadministration, sondern sind in erster Linie durch macht- und interessenpolitische Konstellationen der Partei und Staatsführung bedingt.

Wenn also das Wachstum der chinesischen Schwerindustrie trotz jahrelanger Bemühungen, Direktiven und Plananweisungen weiterhin deutlich über der Plangröße liegt, dann handelt es sich nicht um ein mehr oder weniger technisches Problem der wirtschaftsstrukturellen Abstimmung, sondern es spiegelt sich darin indirekt die Existenz einer „schwerindustriell orientierten“ Führungsschicht wider, die bewußt planwidrig agiert. Ihr geht es in erster Linie um das Wachstum „ihrer Kettenglieder“. Im Falle Chinas konzentrierten sich die Vertreter dieser Führungsgruppe eine Zeitlang auf den Pektrosektor, daher die Bezeichnung „Erdölfraktion“. Bisher hat die „Erdölfraktion“ es verstanden, die Durchsetzung des 1979 verkündeten Reformkurses hinsichtlich zu blockieren, wie an späterer Stelle noch ausgeführt wird.

## I. Hypothesen der Entwicklung

„Die Wahrheit in den Tatsachen suchen“ ist eine der plakativen Formeln der „neuen historischen Etappe“ der Volksrepublik China. Die Tatsachen des heutigen China beinhalten ein Geflecht von Grunddaten und Ausgangsbedingungen, das jeder chinesischen Entwicklungspolitik, gleich wer sie betreibt und wie sie betrieben wird, harte, nur langfristig erweiterbare Grenzen setzt. Angesichts der Größe des chinesischen Wirtschaftsraums, der gewaltigen regionalwirtschaftlichen Gefälle und

Die Zukunftsrichtung der chinesischen Entwicklung ist weiterhin offen. Mit Sicherheit läßt sich jedoch jetzt schon sagen, daß sie nicht, wie bisweilen selbst von China-Fachleuten behauptet, zu einer Marktwirtschaft führen wird. Schon eine oberflächliche Analyse der chinesischen Führungsgesellschaft beweist, daß der „Marktmechanismus“ mit Ausnahme einiger weniger Spitzenführer und Wirtschaftswissenschaftler in der Volksrepublik China keine „Lobby“ hat. Langfristig wird er „unter dem absoluten Leitungsvorrang der Planung“ allenfalls eine bescheidene „Zusatzfunktion“ einnehmen. Gegenwärtig findet der Markt vorzugsweise in der wachsenden „Schattenwirtschaft“ statt. Liberale Wirtschaftswissenschaftler bezeichnen einen solchen Vorgang gern als „Notwehrreflex“ gegenüber gravierenden Funktionsmängeln der offiziellen Wirtschaft, und auch in China deutet die häufig geübte Aussage „Wenn man kein Öl eintropft, dann gleitet es auch nicht (bu dian you, bu hualiu)“ auf ein ähnliches Verständnis hin. Dem steht die offizielle Politik entgegen, die seit 1981 verstärkt um die „Auslöschung des irregulären Arbeitsstils (bu zheng zhi feng)“ bemüht ist. Sie negiert, daß die Stimulierung informellen Managements die Schwächen der Wirtschaftsverwaltung und der Konsumgüterversorgung zu mildern vermag. Statt dessen spricht sie von „Bestechungsstil“, „Beziehungsanknüpfen“ und „Schmuggel“. Laut Regierungsbericht des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang vom Dezember 1981 ist die Kontrolle solcher Phänomene bisher gering gewesen. Danach breitet sich der „irreguläre Stil“ im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben des Landes weiter aus. „Die Wirtschaftsorgane und ihre verantwortlichen Kader kümmern sich nicht nur nicht darum, sie machen sogar mit.“

der Notwendigkeit unterschiedlicher Lösungsansätze gibt es keine ideale Entwicklungsstrategie für das ganze China. Die vorrangige Lösung eines Teils der Probleme, die Aufhebung eines Teils der Ungleichgewichte muß vorübergehend andere Probleme verschärfen und andere Ungleichgewichte vertiefen. Wo jedoch ein vorsichtiger Versuchs- und Irrtumsprozeß, eine allmähliche Annäherung an die geschichtlich gewachsenen Herausforderungen notwendig und sinnvoll gewesen

wäre, dort stand in der 30jährigen Geschichte der Volksrepublik China der ideologisch bedingte Zwang zum „Modellhaften“. Keine Entwicklungslinie der Volksrepublik China verschaffte sich länger als drei Jahre Gültigkeit, und auch die gegenwärtige Linie verdankt, wie bereits angedeutet, ihre formale Anerkennung weniger der allgemeinen inhaltlichen Zustimmung als der Schwäche der verschiedenen Oppositionsströmungen, die — auf die Wahrung ihrer Machtpositionen bedacht — bisher über eine bloße Obstruktionspolitik nicht hinausgekommen sind. Auf die alten Fragen haben sie nur die alten Antworten. Von ihnen heißt es heute, sie haben in der Vergangenheit „auf kleine Füße zu große Schuhe gezogen“. Die Grundprobleme der chinesischen Entwicklung sind in der Zwischenzeit auf eine nahezu kritische Größe angewachsen.

Die größte Zukunftsherausforderung liegt, vereinfacht gesagt, im fundamentalen Ungleichgewicht zwischen einer ständig wachsenden Bevölkerung und den nur bedingt erweiterbaren Lebensgrundlagen. Es hatte 180 Jahre gedauert, ehe sich die chinesische Bevölkerung von ca. 270 Millionen (1770) auf ca. 540 Millionen (1950) verdoppelt hatte. Die jüngste Verdoppelung auf rund eine Milliarde (1982) vollzog sich in drei Jahrzehnten. Selbst bei verschärfter Geburtenkontrollpolitik dürfte sich die „Endbevölkerung“ nicht unter 1,5 Milliarden einpendeln.

Das heißt, China muß zur Zeit ein Viertel der Menschheit auf nur 7 % der Weltanbaufläche versorgen. Die Verschlechterung dieser Relation während der letzten 25 Jahre scheint besorgniserregend. Von 1957 bis 1981 sank die Anbaufläche pro Kopf der Bevölkerung von 0,17 Hektar (ha) auf 0,1 ha, d. h. um 40 %. Sie wird weiter sinken, da die Gesamtanbaufläche Chinas im Gegensatz zur Bevölkerung stagnierend bis rückläufig ist. Während der letzten 25 Jahre ist aufgrund von Industrie- und Stadtbau sowie von Erosions- und Erschöpfungserscheinungen des Bodens ein Nettoverlust von mehr als 12 Mio. ha (17 Mio. ha Neulandgewinnung, knapp 30 Mio. ha Altlandverlust) eingetreten<sup>3)</sup>, eine Größenordnung, die der gesamten Anbaufläche der Bundesrepublik Deutschland entspricht.

Ähnliches gilt für die nationale Wald- und Forstwirtschaft. Wegen permanenter Waldrodung zur Ackerlanderschließung und Abforstung für Brenn- und Bauholzzwecke ist die

Waldfläche stark rückläufig. Besonders hart betroffen ist das große Waldgebiet des Südwestens, in dem „die Ressourcen der Erschöpfung nahe sind ... Sichuan und die Reis- und Fisch-Orte entlang des Changjiang sind gegenwärtig dabei, ihre natürliche grüne Schutzwand zu verlieren. Wenn nicht schleunigst entscheidende Maßnahmen eingeleitet werden, wird sich der Changjiang in einen zweiten Huanghe verwandeln.“<sup>4)</sup> Auch die scheinbar endlosen Graslandflächen Westchinas sind durch „Urbarmachung unter Mißachtung der Naturregeln, durch gewaltsame Umwandlung in Felder und durch Überweidung“ während der letzten 25 Jahre sichtlich geschrumpft. Rund 20 Mio. ha sind der Wüstenbildung verfallen, und weitere 8 Mio. ha „stehen vor der unmittelbaren Gefahr der Wüstenbildung“<sup>5)</sup>. Die Fischwirtschaft zeigt ähnlich kritische Symptome. Es heißt, aufgrund rücksichtsloser Ausfischung seien die Wirtschaftsfischarten im Bohai-Meer weitgehend verschwunden. Im Ostchinesischen Meer sei die Fangmenge ebenfalls stark rückläufig, und die Fänge im Südchinesischen Meer bestehen zum großen Teil aus Jungfischen. In der Binnenfischerei seien die Schäden wegen der Politik des „Seen einengen, Felder schaffen“ und „Teiche austrocknen, Getreide pflanzen“ ebenfalls schwerwiegend<sup>6)</sup>.

Eine im März 1981 eingesetzte „Untersuchungskommission zur landwirtschaftlichen Modernisierung“ der chinesischen Akademie der Wissenschaften kam zu dem Ergebnis: „Was in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei in den meisten Gebieten seit über 30 Jahren gemacht worden ist, ist Raubbau. Es wurde viel herausgeholt und wenig hineingesteckt... Diese rückständige Betriebsweise hat das natürliche Lebensgleichgewicht geschädigt und läßt die landwirtschaftliche Erzeugung in einen nachteiligen Kreislauf geraten.“<sup>7)</sup>

Das Bild ist weitaus nüchterner, als es noch vor wenigen Jahren gezeichnet wurde. Damals hatte selbst die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO) eine Studienreihe unter dem Titel „Von China lernen“ veröffentlicht und das hohe Lied einer vollendeten „integrierten ländlichen Entwicklung“ in

<sup>4)</sup> Renmin ribao (Volkszeitung), 12. September 1981.

<sup>5)</sup> Guangming ribao, 6. November 1981.

<sup>6)</sup> Renmin ribao, 22. April 1980.

<sup>7)</sup> „Die chinesisch-kommunistische Wirtschaft 1981“, in: Zhonggong yanjiu (Studien des chinesischen Kommunismus), Taibei, Januar 1981.

<sup>3)</sup> „Die Verwendung der Ackerfläche streng kontrollieren“, in: Hongqi (Rote Fahne), Nr. 20, 1981.

China gesungen. 1978 zweifelte die chinesische Führung erstmals an dem von ihr selbst entworfenen Bild: „All dies verhinderte eine rasche Entwicklung der Landwirtschaft. Zwischen der gegenwärtigen Lage der chinesischen Landwirtschaft einerseits und den Bedürfnissen der Massen sowie den Erfordernissen der Vier Modernisierungen andererseits besteht ein scharfer Widerspruch.“<sup>8)</sup> Ferner hieß es: „Außerdem ist die Produktion nicht stabil, d. h., es gibt große Unterschiede zwischen den einzelnen Jahreserträgen. In Jahren reicher Ernte gibt es etwas Überschuß, in durchschnittlichen Erntejahren kann der Bedarf nur annähernd gedeckt werden. Die Erzeugung von Industriepflanzen ist noch hinter den wachsenden Erfordernissen des Wirtschaftsaufbaus und des Lebens der Massen zurück. Wird dieser rückständige Zustand nicht rasch geändert, kommt die Volkswirtschaft ins Stocken.“<sup>9)</sup>

Es wäre unsachgemäß, für die bisherige Entwicklung ausschließlich eine verfehlte Wirtschaftspolitik verantwortlich zu machen. Die Fehlleistung der Politik liegt vor allem darin, daß sie in der Vergangenheit die Probleme schlichtweg leugnete oder komplexe Tatbestände auf einfache ideologische Formeln reduzierte. Diese Neigung herrscht in einigen Teilen der Partei- und Staatsbürokratie sowie der Armee auch gegenwärtig noch vor. Andererseits müssen in jeder Volkswirtschaft, die innerhalb von 30 Jahren eine Milliarde Menschen statt 500 Millionen zu versorgen hat,

zwangsläufig gravierende Probleme auftreten. Dem „Entwicklungsland“ China fehlten ausreichende Mittel, um ebensoviel „hineinzustekken“ wie „herauszuholen“. Vor allem in den agrarischen Spitzengebieten des Landes ist seit mehr als einem Jahrzehnt das Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses sichtbar geworden, d. h. Aufwand und Ertrag zeigen ein zunehmend ungleiches Wachstum (1970/79 2,5 : 1). Dort hat sich der Verbrauch an Elektrizität und Fabrikdünger je Hektar während der letzten 20 Jahre verfünffach. Die Produktionskosten je Hektar stiegen um 165 %, die Flächenerträge jedoch nur um 55 %. Dennoch ist die Führung gezwungen, weiterhin auf diese Gebiete zu setzen. Die Kosten für eine großräumige Modernisierung anderer Anbaugebiete übersteigen das Investitionsvermögen der Volksrepublik China auf absehbare Zeit. Einigkeit, wie und unter welchen politisch-organisatorischen Bedingungen diese Mittel erwirtschaftet werden können, hat es in China zu keiner Zeit gegeben. Sie existiert auch heute nicht.

Dennoch sind die absoluten Leistungssteigerungen der chinesischen Landwirtschaft beachtenswert. Die Erzeugung der wichtigsten Massenprodukte wurde während der letzten drei Jahrzehnte verdoppelt oder verdreifacht. Die kritische Natur der gegenwärtigen Situation wird erst in den existenzentscheidenden Pro-Kopf-Angaben und der schleichenden Grundlagenschädigung sichtbar.

Tabelle 1

**Agrarische Leistung in Mio. t und kg Kopf/Jahr**  
(offizielle Angaben)

Produkt	Jahr					
	1952		1965		1980 <sup>1)</sup>	
Getreide <sup>2)</sup>	164	(285)	195	(269)	318	(323)
Ölfrüchte	4,19	(7,3)	3,63	(5,0)	7,69	(7,8)
Baumwolle	1,3	(2,3)	2,1	(2,9)	2,71	(2,8)
Zucker	0,45	(0,8)	1,46	(2,0)	2,57	(2,6)
Fleisch	3,39	(5,9)	5,51	(7,6)	12,0	(12,3)
Aquat. Prod.	1,56	(2,9)	2,98	(4,1)	4,5	(4,6)

<sup>1)</sup> offizielle Bevölkerungszahl 983 Mio.; bei westlichen Schätzungen bis zu 1,1 Mrd. Einwohner sinken die Kopf-Werte entsprechend.

<sup>2)</sup> einschließlich Kartoffeln (4 kg Kart. = 1 kg Getreide)

<sup>8)</sup> „Die Landwirtschaft schneller entwickeln“, in: Beijing Rundschau, Nr. 11, 1979.

<sup>9)</sup> „Die Landwirtschaft modernisieren“, in: Beijing Rundschau, Nr. 23, 1978.

Die chinesische Diät beruht zu rund vier Fünfteln auf Getreidenahrung. Rein statistisch müßte sich die Versorgungssituation aufgrund der Steigerung der Getreideerzeugung von

285 kg pro Kopf (1952) auf 323 kg (1980) leicht entspannt haben. Tatsächlich ist das jedoch nicht der Fall. Zum einen setzt die chinesische Wirtschaftsführung 400 kg als untere Grenze einer entspannten Versorgungssituation an. Zum anderen hat sich der Anteil des reinen Nahrungsmittelgetreides verringert, da ein größeres Mengenvolumen für Saatgetreide und nicht ernährungsorientierte Industriezwecke benötigt wird. Drittens spiegelt sich in den statistischen Durchschnittswerten nicht die ungleichmäßige regionale Verteilung wieder. Die für Industrieländer nicht (mehr) vorstellbaren regionalen Einkommens- und Versorgungsgefälle machen sich jedoch als eines der schwerwiegendsten Ungleichgewichte auf dem chinesischen Subkontinent drückend bemerkbar. Seit einigen Jahren berichten die Medien der Volksrepublik China über die Verarmung einzelner Großgebiete, z. B. des Nordwestens, in dem weite Teile hinter den Versorgungsstand von 1949 zurückgefallen sind.

Unter dem Titel „Lage der armen Kreise des Landes 1977/1979“ veröffentlichte das Landwirtschaftsministerium Anfang 1981 einen umfassenden Bericht zur ländlichen Einkommensverteilung<sup>10)</sup>. Danach waren Ende 1979 (Rekordernte) 12,4 % aller Kreise Chinas mit einer Gesamtbevölkerung von 99,2 Mio. sogenannte „arme Kreise“, mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Jahreseinkommen unter 50 Yuan (ca. 65 DM). In ihnen konnte die offizielle Mindestversorgung seit Jahren nicht erwirtschaftet werden. Unter Ausklammerung der Kreisstädte (deutlich höheres Durchschnittseinkommen) beläuft sich die Gesamtbevölkerung in Gebieten mit einem Produktionsstand unterhalb der Mindestversorgung auf mindestens 130 bis 150 Mio. Der Bericht erwähnt ferner, daß 27 % (1,37 Mio.) aller ländlichen Grundeinheiten 1979 „arme Produktionsgruppen“ waren. Rund die Hälfte aller Produktionsgruppen verfügte im gleichen Jahr über ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen zwischen 50 und 100 Yuan. In ungünstigen Erntejahren sinkt ein beachtlicher Teil dieser Gruppen ebenfalls unter die „Armutslinie“. Ein Pro-Kopf-Jahreseinkommen von 100 Yuan ist in etwa die Grenze, die zu dem Etikett „arm mit beginnendem Wohlstand“ berechtigt. Über dieser Grenze liegt weniger als ein Viertel aller chinesischen Produktionsgruppen. Ein Pro-Kopf-Jahreseinkommen von mehr als 300

Yuan, d. h. das durchschnittliche städtische Einkommen, erreichen nur 8 % aller Produktionsgruppen. Zusammen mit der städtischen Bevölkerung stellen sie rund ein Viertel der chinesischen Gesamtbevölkerung. Dieses Viertel genießt eine Einkommens- und Versorgungssicherheit, die deutlich über dem Rest des Landes liegt.

Das hohe Versorgungs- und Einkommensgefälle entspricht der unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungskraft der einzelnen Regionen Chinas. Den drei großen Einwohner-„Schlüsselgebieten“ Shanghai-Jiangsu-Zhejiang (108 Mio. Einwohner), Liaoning-Jilin-Heilongjiang (88 Mio. Einwohner) und Beijing-Tianjin-Hebei (67 Mio. Einwohner) stehen die drei großen Rückstandsgebiete Shanxi-Shaanxi-Gansu (71,4 Mio. Einwohner), Sichuan (97,7 Mio. Einwohner) und Guizhou-Yunnan-Guangxi (95,4 Mio. Einwohner) gegenüber. Die drei Schlüsselgebiete erwirtschaften zusammen rund 40 % des gesamten chinesischen Volkseinkommens, während die drei Rückstandsgebiete bei ähnlich großem Bevölkerungsanteil nicht einmal 15 % erreichen. Zwischen beiden Gebietskategorien ergibt sich ein volkswirtschaftliches Pro-Kopf-Leistungsgefälle von annähernd 1:3. Zwischen Chinas wirtschaftlicher Spitzenregion Shanghai und der leistungsschwächsten Provinz Guangxi dehnt sich das Gefälle auf knapp 1:18<sup>11)</sup>.

Ein solches Bild widerspricht vom Ergebnis her allem, was in der Vergangenheit über die regionale „Ausgleichsorientierung“ der chinesischen Wirtschaftsplanung und Entwicklungsstrategie gesagt und geschrieben worden ist. Das heißt nicht, daß es eine solche Strategie nicht gegeben hätte. In der Tat stieg der Anteil der Investitionen der rückständigen Binnenlandprovinzen an den Gesamtindustrieinvestitionen des Landes von 1952 39 % bis zum Ende der siebziger Jahre auf knapp 50 % an. Nur war das Ergebnis dieser Investitionstätigkeit nicht beeindruckend. Der Anteil der Binnenlandprovinzen am gesamten Produktionswert der Industrie erhöhte sich nur unwesentlich. In China passierte das gleiche, was auch in anderen Entwicklungsländern ge-

<sup>10)</sup> Lage der armen Kreise des Landes 1977—1979“, in: *Nongye jingji congkan* (Landwirtschaftsserie), Nr. 1, 1981.

<sup>11)</sup> Daten errechnet durch RM auf der Basis verstreuter statistischer Angaben in: *Zhongguo jingji nianjian* (Wirtschaftsjahrbuch China) 1981, Hongkong 1981; *Zhongguo nongye nianjian* (Landwirtschaftsjahrbuch China) 1980, Beijing 1981; *Nichu keizai kyōkai* (Japanisch-chinesische Wirtschaftsvereinigung), *Chūgoku kōgyō no shōbetsu kensatsu seika* (Ergebnisse des Aufbaus der chinesischen Industrie nach Provinzen), Tokyo, April 1981, u. a.

schiebt. Die zentralstaatlichen Investitionen überstiegen bei weitem die Absorptionsfähigkeit der Inlandprovinzen. Die Projekte konnten nur begrenzt integriert werden. Diese Tatsache läßt sich unter anderem aus dem „Nutzeffekt der Investition“, der sich in China aus dem Verhältnis zwischen tatsächlich „neu hin-

zugekommener Kapazität“ und zuvor „geplanter Kapazitätserweiterung“ ergibt, ablesen. Dieser Nutzeffekt sank für den Zeitraum 1967—1976 auf 59 %, nachdem er zuvor noch bei mehr als 80 % gelegen hatte<sup>12)</sup>. Der alte Prozentsatz ist auch 1981 noch nicht wieder erreicht worden.

## II. Bilanz der wirtschaftlichen Leistungen und Grenzen des wirtschaftlichen Handlungsspielraums

Laut Kommuniqué des Statistischen Zentralamtes „über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1981“<sup>13)</sup> belief sich das Wachstum des Nationaleinkommens, des umfassendsten offiziellen Indikators der chinesischen Wirtschaftsstatistik, 1981 auf 3 % und erreichte eine absolute Höhe von 388 Mrd. Yuan, das heißt ca. 505 Mrd. DM. Das entspricht einem Brutto sozialprodukt (BSP) — in westlichen Gesamtrechnungen verwandte Kennziffer — von geschätzten 440 Mrd. Yuan (ca. 570 Mrd. DM). Auf der staatlich fixierten Wechselkursbasis entspricht diese Größenordnung knapp der Hälfte des bundesdeutschen BSP. Auf der Grundlage eines globalen Kaufkraftparitätenvergleiches läge das chinesische BSP jedoch mit Sicherheit um einiges höher.

Ein wesentliches Merkmal der volkswirtschaftlichen Entwicklung der VR China während des letzten Jahrzehnts ist die deutliche Abflachung des realen BSP-Wachstums von mehr als 12 % 1977/78 auf jeweils rund 7 % 1979/80 und 3 % 1981. Diese Tatsache ist vor allem auf das deutlich verringerte Wachstum der Industrie zurückzuführen, das von einer zweistelligen Zahlenbasis 1979/80 auf jeweils gut 8 % und 1981 auf 4,1 % sank. Im Gegensatz dazu zeigte das Wachstum des landwirtschaftlichen (Brutto- wie Netto-)Produktionswertes einen deutlichen Anstieg gegenüber den letzten zwei Jahrzehnten. 1979 und 1981 (+ 5,7 %) lag es sogar über dem der Industrie. Für den Tertiärsektor läßt sich ein Wachstumstempo unterhalb des arithmetischen Mittels aus Landwirtschaft und Industrie vermuten. Das verminderte volkswirtschaftliche und industrielle Wachstum ist in erster Linie als Ausdruck einer seit 1979 eingeleiteten strukturellen „Sanierungspolitik“ zu werten. Im Rahmen dieser Politik hat sich auch das alte Wachstumsverhältnis zwischen Schwer- und Leichtindustrie grundlegend verändert. Seit 1979

sind die Steigerungen der leichtindustriellen Produktionswerte deutlich höher als die der Schwerindustrie (1980: 18,4 % : 1,4 %; 1981: 14,1 % : - 4,7 %). Aufgrund dieser Entwicklung war der Anteil der Leichtindustrie am Bruttoproduktionswert der Gesamtindustrie 1981 mit 51,4 % erstmals seit der Frühzeit der Volksrepublik China höher als der der Schwerindustrie. Die Nettoproduktionswerte (Wertschöpfung) sind offiziell nicht bekannt. Aufgrund der mit Sicherheit deutlich geringeren Nettoquote der Leichtindustrie dürfte die Schwerindustrie jedoch nach wie vor den größeren Anteil innehaben. Die unterschiedlichen Leistungssteigerungen der Schwer- und Leichtindustrie drücken sich auch in den folgenden offiziellen Daten wichtiger Industrieerzeugnisse aus.

Sowohl die absoluten als auch die prozentualen Wachstumsverschiebungen unter den als wichtig bezeichneten schwer- und leichtindustriellen Erzeugnissen deuten an, daß die strukturelle Sanierungspolitik seit 1979 gewisse Erfolge aufzuweisen hat. Dennoch kann von einem endgültigen Wandel keine Rede sein. Zum einen beschleunigte sich das Wachstum der Schwerindustrie seit Herbst 1981 in planwidriger Weise. Ein solches Wachstum wäre jedoch nur dann sinnvoll, wenn zuvor die Produktionsstruktur der schwerindustriellen „Kettenglieder“ an die Bedarfsstruktur der Wirtschaft angepaßt worden wäre. Eine solche Anpassung hat jedoch während der letzten drei Jahre nur sehr bedingt stattgefunden. Laut Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission Yao Yilin<sup>14)</sup> beinhaltet die wieder erhöhte Wachstumsrate deshalb auch einen ver-

<sup>12)</sup> Renmin ribao, 24. März 1979.

<sup>13)</sup> „Kommuniqué über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1981“, deutsche Übersetzung in: Beijing Rundschau, Nr. 20, 1982.

<sup>14)</sup> Xinhua News Agency, 5. Mai 1982.

Tabelle 2

Produktion wichtiger Industrieerzeugnisse (offizielle Angaben)<sup>1)</sup>

Erzeugnis	1979		1980	
	Ausstoß	Zuwachs (1978) — in % —	Ausstoß	Zuwachs (1980) — in % —
Roheisen (Mio. t)	36,7	5,6	34,2	- 10,1
Rohstahl (Mio. t)	34,5	8,3	35,6	- 4,1
Walzstahl (Mio. t)	25,0	13,1	26,7	- 1,7
Rohkohle (Mio. t)	635	2,8	620	0,0
Koks (Mio. t)	33,5	3,6	31,7	- 6,8
Rohöl (Mio. t)	106,2	2,0	101,2	- 4,5
Erdgas (Mrd. cbm)	14,5	5,7	12,7	- 10,7
Elektrizität (Mrd. kWh)	281,9	9,9	309,3	2,9
Zement (Mio. t)	73,9	13,3	84,0	5,2
Bauholz (Mio. cbm)	54,4	5,4	49,4	- 7,8
Fabrikdünger (Mio. t)				
(100 % Wirks.)	10,7	22,6	12,4	0,6
Kunststoffe (1 000 t)	793	16,8	916	2,0
Werkzeugm. (1 000 St.)	140	- 23,5	103	- 23,1
Kraftwagen (1 000 St.)	186	24,8	176	- 20,7
Traktoren (1 000 St.)	126	10,5	53	- 45,9
Verbr.-Mot. (Mio. PS)	29,1	3,2	20,4	- 21,1
Lokomotiven (St.)	573		398	- 22,3
Frachtwagg. (1 000 St.)	16	- 5,4	8,9	- 17,0
Fernseher (Mio. St.)	1,3	157,1	5,4	120,0
Radios (Mio. St.)	13,8	18,2	40,6	35,1
Baumwollgarn (Mio. t)	2,6	10,5	3,2	8,2
Baumwolltuch (Mrd. m)	12,2	10,2	14,3	5,9
Wollstoffe (Mio. m)	90,2	1,5	113	11,9
Papier (Mio. t)	4,9	12,3	5,4	0,9
Fahrräder (Mio. St.)	10,1	18,1	17,5	34,7
Nähmaschinen (Mio. St.)	5,9	20,8	10,4	35,3
Armbanduhren (Mio. St.)	17,1	26,4	28,7	29,6
Kunstfasern (1 000 t)	326	14,4	527	17,1
Waschmaschinen (Mio. St.)	—	—	1,3	420
Kühlschränke (1 000 St.)	—	—	55,6	13,5

<sup>1)</sup> vom Verfasser aufgerundet.

hältnismäßig großen „Wassergehalt (Shuifen)“, d. h. einen Wiederaufbau nicht absorbierbarer und nicht absetzbarer Lagerbestände. Konkrete Maßnahmen, wie man dem Problem in Zukunft begegnen soll, werden jedoch nicht genannt. Statt dessen wird nur vage von „Schritte unternehmen“ und „besondere Aufmerksamkeit richten“ gesprochen. Die Zahlen für das erste Halbjahr 1982 sprechen gegen die Wirksamkeit solcher „Schritte“<sup>15)</sup>.

<sup>15)</sup> Siehe dazu auch: Erhard Louven, Der wirtschaftliche und soziale Entwicklungsplan für 1982, in: Institut für Asienkunde, Hamburg, China aktuell, Mai 1982.

Zum anderen sind während der letzten drei Jahre einige besorgniserregende Tendenzen im finanzwirtschaftlichen Bereich sichtbar geworden. Die Volksrepublik China kann sich das gegenwärtige Nebeneinander einer alten schwerindustriellen Linie und der neuen Reformlinie nicht leisten. Zwar sind die ehrgeizigen Ziele des „großen Plans“ 1978—1985 und 1985—2000, in dessen Verlauf die Volksrepublik China „wirtschaftlich in die Weltspitze aufrücken“ wollte, auf das bescheidene Ziel eines Pro-Kopf-BSP von 800 US-Dollar im Jahre 2000 zurückgeschraubt worden, aber es ist der Wirtschaftsführung des Landes bisher nicht

gelingen, die Investitionspolitik auf das Maß der neuen Zielsetzung zu reduzieren. Seit 1979 wird die „Überdehnung der Investbaufront“ offen beklagt und in den jährlichen Investbauplänen (Bruttoanlageinvestitionen) eine deutliche Verringerung angestrebt. Dennoch heißt es im „Kommuniqué über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1981“ wiederum: „Der im staatlichen Budget vorgesehene Investitionsanteil am Investbau von 1981 wurde im wesentlichen unter Kontrolle gebracht, wohingegen der Plan für die Ausgaben des nicht im staatlichen Budget vorgesehenen Investitionsanteils bei weitem übererfüllt wurde. Die Erscheinungen, blindlings oder unnötig Bauprojekte zu bauen, wurden bisher noch nicht beseitigt.“

Die Reduzierung der Investitionstätigkeit sollte nur der erste Schritt der Sanierungspolitik sein. Darüber hinaus sollte eine „Verbesserung der Investitionsorientierung“ erfolgen, das heißt, das Verhältnis zwischen sogenannten „produktiven Investitionen“ und „nichtproduktiven Investitionen“ (insbesondere Wohnungsbau, Erziehungswesen, Wissenschaft und Technik, Handel, kulturelle Einrichtungen) sollte radikal zugunsten der letzteren geändert werden. Das ist auch geschehen. Betrug der Anteil der Investitionen in die sogenannten nichtproduktiven Bereiche 1977 nur 13 %, so ist er bis 1981 auf 41,1 % angestiegen. Diese Tatsache wird als Erfolg der Sanierungspolitik ausgegeben. Zum dritten sollte innerhalb des Bereichs der sogenannten produktiven Investitionen eine Verlagerung der Anteile zugunsten der Landwirtschaft und Leichtindustrie stattfinden. Auch hier sind Erfolge erzielt worden. Diese Erfolge wurden jedoch nur begrenzt durch die planmäßig vorgesehene Verringerung der schwerindustriellen Investitionen erreicht. Dort wird nach wie vor weiterinvestiert, und in dieser Tatsache liegt der Hauptgrund für die „Überdehnung der Investbaufront“. Die „Übererfüllung“ des Investbauplans beruht also nicht in erster Linie darauf, daß „blindlings“ Projekte in Angriff genommen werden, sondern weil aus interessenpolitischen Konstellationen heraus bewußt planwidrig gehandelt wird. Den Vertretern der alten Linie ist es nicht gelungen, die „Konsumorientierung“ der neuen Linie zu verhindern. Den Vertretern der neuen Linie ist es nicht gelungen, die schwerindustriellen Interessen wirkungsvoll einzugrenzen.

Die Folge ist, daß die Volksrepublik China eine schleichende Krise der Staatsfinanzen erlebt. Kritische Stimmen in der chinesischen

Führung sprechen davon, daß „der Reis von morgen bereits heute gegessen“ werde. Zum einen erlebt China seit 1979 eine Phase einer relativ hohen Verbraucherpreisinflation. Entgegen den offiziellen Beteuerungen läßt sich aus indirekten Angaben entnehmen, daß im Dreijahreszeitraum 1979—1981 der Gesamtanstieg der Verbraucherpreise nahe der 50 %-Marke lag. Zum anderen scheint bei einem geschätzten mittelfristigen Kaufkraftüberhang von rund 10 Mrd. Yuan jährlich das Inflationsproblem in kurzer Zeit auch nicht lösbar. In Yao Yilins Rechenschaftsbericht heißt es dazu, solange das Wachstum bei bestimmten Konsumgütern hinter dem Bedarf der Menschen zurückbleibe, sei es eine schwierige Aufgabe, die Warenpreise stabil zu halten.

Die Verbesserung der Einkommenslage der Bevölkerung ohne gleichzeitige Einschränkung der Ausgaben für den Wirtschaftsaufbau konnte nur durch ein verhältnismäßig hohes Maß an Staatsverschuldung finanziert werden. Offiziell belief sich das Haushaltsdefizit 1981 nur auf 2,5 Mrd. Yuan und für 1982 sind rund 3 Mrd. Yuan vorgesehen. Tatsächlich handelt es sich bei diesen Größenordnungen jedoch nur um ein Restdefizit, das trotz Staatsanleihen, Auslandskrediten und anderen verrechnungstechnischen Verfahren nicht gedeckt werden konnte. Die tatsächliche Staatsverschuldung 1981 lag eher in der Größenordnung von 15 Mrd. Yuan.

Die staatliche Verschuldungspolitik wird in verdeckter Form mit Sicherheit andauern, da ihre Hauptursache neben der übersteigerten Investitionstätigkeit in einem überdimensionalen Zuwachs der staatlichen Subventionslast liegt. Allein die Subventionssumme für den staatlichen Ankauf landwirtschaftlicher Produkte und die Preisstabilisierung der sogenannten „28 wichtigen Nahrungsmittel und täglichen Gebrauchsgüter“ wuchs von 1979 von 7,8 Mrd. Yuan bis 1981 auf 32 Mrd. Yuan an<sup>16)</sup>. Das Volumen der Auslandsinvestitionskredite stieg von 1980 von 4,3 Mrd. Yuan bis 1981 auf 8 Mrd. Yuan. Für 1982 sind 5 Mrd. Yuan vorgesehen. Das heißt, 1981 betrug der Anteil der mit Auslandskrediten finanzierten Investitionen an den Gesamtinvestitionen (42,8 Mrd. Yuan) bereits knapp 19 %. Damit rückt die Volksrepublik China allmählich in die Nähe jenes Bereichs, in dem durch Auslandsverschuldung in indirekter Form ein Teil

<sup>16)</sup> Errechnet durch RM nach verstreuten Daten in Zhonggong yanjiu, Taipei, Januar 1981.

der Verbrauchersubventionen gedeckt wird. Diese Situation ist, es muß wiederholt werden, nicht das Ergebnis mangelnder wirtschaftspolitischer Weitsicht, sondern in erster Linie Ausdruck eines negativen Zwangskompromisses zwischen den unterschiedlichen Strömungen der chinesischen Staats- und Parteibürokratie. Ein langfristiges Nebeneinander dieser beiden Linien ist sowohl aus finanzwirtschaftlichen als auch aus ideologisch-politischen

Gründen nicht möglich. Es bleibt die Unsicherheit, welche Kräfte sich letztlich durchsetzen werden und wer wem die politische Verantwortung für die Gesamtsituation aufzubürden vermag. Teile der Führung sind sich der kritischen Situation bewußt: „Worin besteht die Gefahr? Sie besteht in einer möglichen Wirtschaftskrise, die zu einer instabilen politischen Lage führen kann, wenn wir nicht erfolgreich arbeiten.“<sup>17)</sup>

### III. Das „magische Viereck“ der Reformen

25 Jahre lang lautete die sogenannte Generallinie des sozialistischen Aufbaus in China „Mehr, Besser, Schneller, Wirtschaftlicher“. In der wirtschaftlichen Praxis wurde zumeist das „Mehr“ und „Schneller“ mit ernsthaften Folgen für die Proportionalität, die Wirtschaftlichkeit und die Qualität der volkswirtschaftlichen Leistungen verwirklicht. Das sogenannte „Drei-Acht“-Verfahren der nationalen Investitionstätigkeit ist ein Musterbeispiel für den Geist, der hinter dieser Linie stand. Jahr für Jahr betrug das tatsächlich verteilbare Material-Güter-Leistungsvolumen nur 80 % der in die Planung eingebrachten Kennziffern (Erste Acht). Der im Rahmen der staatlichen Lieferplanung erfaßbare Anteil am verteilbaren Material-Güter-Leistungsvolumen machte seinerseits nur 80 % der Distributionskennziffern der Lieferplanung (Zweite Acht) aus, und das tatsächlich von den Betrieben erhaltene Material-Güter-Leistungsvolumen belief sich wiederum nur auf 80 % der von den Betrieben bestellten Menge (Dritte Acht).

Auf dieser Basis beruhte die gesamte Perspektivplanung der Volksrepublik China seit den späten fünfziger Jahren. Erst im Frühjahr 1979 setzte sich die Führung ernsthaft mit den Entwicklungsschäden auseinander, die sich aufgrund der einseitigen Praktizierung der Generallinie ergeben hatten. Das alte „magische Viereck“ des wirtschaftlichen Ziel- und Handlungsbewußtseins wurde durch ein neues abgelöst. „Regulierung, Umgestaltung, Ausrichtung und Niveaueinhebung (tiaozheng, gaige, zhengdun, tigao)“ sind die vier Schlüsselbegriffe, die aus acht chinesischen Schriftzeichen bestehen und daher kurz als „Acht-Zeichen-Richtlinie“ popularisiert worden sind. Die praktische Sanierungspolitik, die sich seither auf der Grundlage der Acht-Zeichen-Richt-

nie vollzogen hat, ist außerhalb Chinas gemeinhin als Reformpolitik beschrieben worden. Der Begriff ist irreführend, wenn er, wie häufig geschehen, im Sinne der Systemüberwindung verstanden wird. Er ist korrekt, wenn mit ihm eine grundsätzliche Untersuchung der volkswirtschaftlichen Fehlentwicklungen Chinas signalisiert werden soll.

Eine solche Untersuchung und Änderung der Politik forderten auch einzelne Wirtschaftsführer des Landes: „Ein sozialistischer Staat kann auch nicht garantieren, daß seine politische Macht für immer das Problem aus der Welt schafft, daß der wirtschaftlichen Entwicklung großer Schaden entsteht ... Die sozialistische Gesellschaftsordnung kann nicht automatisch garantieren, daß wir entsprechend den objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeiten verfahren, und kann auch nicht automatisch garantieren, daß sich unsere Wirtschaft stets planmäßig und in hohem Tempo entwickelt ... Wenn wir die objektiven Gesetze nicht studieren und sie nicht einhalten, sondern dem Willen der Obrigkeit vertrauend die Wirtschaft blindlings zu leiten versuchen, so werden wir Stillstand und Rückgang in manchen Bereichen, ja der gesamten Volkswirtschaft verursachen ... Seit der Gründung der Volksrepublik China sind fast 30 Jahre vergangen. Wir können also unsere Fehler nicht mehr mit Mangel an Erfahrungen rechtfertigen.“<sup>18)</sup>

<sup>17)</sup> Aussage Yang Yichens, Erster Parteisekretär der Provinz Heilongjiang, in Radio Heilongjiang, 24. Januar 1981, entnommen aus BBC, Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, 29. Januar 1981.

<sup>18)</sup> Hu Qiaomu, Nach den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten vorgehen, die vier Modernisierungen schneller verwirklichen, deutsche Übersetzung in Beijing Rundschau, Nr. 45, Nr. 46 und Nr. 47, 1978.

Aufgrund der bisherigen Entwicklung spricht einiges dafür, daß sich große Teile der Partei und Staatsbürokratie einer solchen grundlegenden Reorientierung zu entziehen versuchen und sich statt dessen auf die altbewährte „Sündenbockpolitik“ stützen: „Unsere Volkswirtschaft, die sich infolge der langjährigen Sabotage durch Lin Biao und die ‚Viererbande‘ disproportional entwickelt hat, muß nun reguliert und zugleich weiter entwickelt werden“. Aus der Sicht dieser Kräfte sind die Verantwortlichen gefunden, und es besteht keine Notwendigkeit, die Wirtschaft nach einigen „Regulierungen“ nicht wie gewohnt „weiterzuentwickeln“.

### Regulierung (tiaozheng):

Dieser Bereich der Sanierungspolitik, den man am ehesten als wirtschaftliche Strukturreformpolitik bezeichnen kann, sieht den intersektoralen Disproportionen der Volkswirtschaft entsprechend sowohl eine Politik der geplanten Wachstumsbeschleunigung als auch der Verlangsamung vor. Der beabsichtigten Wachstumsbeschleunigung der Landwirtschaft, Leichtindustrie und des Grundstoff- wie Energiebereiches stehen geplante Einschränkungen der staatlichen Investitionstätigkeit (Erhöhung der Konsumtion) und eine Anteilsverschiebung der sektoralen Investitionsanteile gegenüber. Ferner wird in der Produktions- und Investitionsgüterindustrie eine weitreichende Anpassung der Produktionsstruktur an den Bedarf der Landwirtschaft und Konsumgüterindustrie angestrebt.

Während 1979/80 Fragen der Reorganisation der Wirtschaftsverwaltung im Mittelpunkt der theoretischen Diskussion und auch der praktischen Versuche standen, liegt seit 1981 der Schwerpunkt der Sanierungspolitik in den Fragen der Restrukturierung. Hier sind, wie die Führung betont und wie sich aus den Wirtschaftsstatistiken ablesen läßt, die größten Teilerfolge erzielt worden. Dennoch deuten die kritische finanzwirtschaftliche Situation, die planwidrig überhöhte Investitionstätigkeit und die erneute Wachstumsbeschleunigung der Schwerindustrie (bei nur geringfügiger „Änderung der Dienstleistungsorientierung“) darauf hin, daß von einer grundlegenden Lösung (noch) nicht gesprochen werden kann. Die Entscheidung ist, wie oben ausgeführt, keine rein wirtschaftspolitische, sondern in erster Linie eine macht- und interessenpolitische.

### Umgestaltung (gaige):

Die vorherrschende Übersetzung des chinesischen Wortes gaige in deutsch-chinesischen Wörterbüchern ist „Reform, reformieren“. Daß die offiziellen deutschen Übersetzungen chinesischer Medien (z. B. Beijing-Rundschau) statt dessen das Wort „Umgestaltung“ verwenden, scheint nicht zufällig. Der Begriff ist neutral. Er assoziiert keine Systemüberwindung. Diese Anmerkung scheint notwendig; denn auch in China gab es während einer kurzen Phase der Euphorie eine Reihe wirtschaftstheoretischer Stimmen, die eine systemüberwindende Richtung der Reform mehr als andeuteten. Diese Stimmen sind in der Zwischenzeit verstummt. Statt dessen gehört es zum Pflichtritual aller Wirtschaftswissenschaftler, den absoluten Vorrang der „einheitlichen Planung“ zu betonen, ehe sie sich der Untersuchung von Einzelproblemen widmen.

Schematisch lassen sich fast alle Fragen der gaige-Diskussion auf die beiden Begriffspaare Zentralisierung — Dezentralisierung und Plan — Markt zurückführen. Zwar handelt es sich dabei um miteinander eng verbundene Komplexe, aber beide Bereiche sind keineswegs identisch — eine Tatsache, die auch die chinesischen Wirtschaftswissenschaftler in ihrer Diskussion nicht immer beachtet haben. In der ausländischen Berichterstattung fallen beide Aspekte zumeist völlig zusammen. Was das Verhältnis von einheitlicher Planung und Marktmechanismus angeht, so wird häufig übersehen, daß die innerchinesische Diskussion — mit Ausnahme der oben erwähnten Anfangseuphorie — nur auf bestimmte Kategorien ökonomischer Entscheidungen begrenzt ist. Ausgenommen ist die Kategorie grundlegender makroökonomischer Entscheidungen, d. h. der Entscheidungen über die grundlegenden wirtschaftlichen Proportionen (z. B. Akkumulationsrate, sektorale Investitionsstruktur, Relation öffentlicher und privater Konsum, grundlegende Richtung der laufenden Produktion usw.). Für diese Kategorie steht die „einheitliche Planung“ nicht zur Diskussion. Diskutiert und experimentiert wird hingegen, bis zu welchem Maß sowohl die Struktur des individuellen Konsums als auch die Lösung beschäftigungspolitischer Fragen durch den Marktmechanismus (Konsum- und Arbeitsmarkt) geregelt werden kann. Die zweite Kategorie ökonomischer Entscheidung, auf die sich die Diskussion um den Marktmechanismus konzentriert, ist die der „laufenden Wirtschaftsentscheidungen“. Hier

geht es vor allem um das Produktionsvolumen und -sortiment der Betriebe und um deren Rohstoffversorgung und Absatzstrategie sowie um Neu- und Reinvestitionen kleineren Ausmaßes.

Die Frage Zentralisierung — Dezentralisierung setzt hauptsächlich an dieser letzteren Kategorie an. Sie wird daher auch vorrangig unter dem Gesichtspunkt des Autonomieprinzips der Betriebe diskutiert. Rund 6 600 staatliche Versuchsbetriebe (16%) sind in diese erste Phase der „Betriebsverselbständigung“ einbezogen. Die Vielzahl der Einzelmaßnahmen kann hier nicht aufgezählt werden. Es sei nur gesagt, daß die Betriebe bisher durch zwei „Leinen“ eng an die einheitliche Planung gelegt worden waren: durch die sogenannten „Fünf Punkte“ (1. Bereich und Umfang der Produktion; 2. Beschäftigungszahl; 3. Verbrauchsnormen für Rohstoffe, Werkstoffe, Brennstoff, Energie und Werkzeuge; 4. Fix- und Zirkulationskapital; 5. Kooperationsbeziehungen mit ständigen Partnerbetrieben) und „Acht Indikatoren“ (Produktionsvolumen, Produktionsortiment, Qualität, Material- und Energieverbrauch, Arbeitsproduktivität, Selbstkosten, Gewinn, Umlaufkapitalausnutzung)<sup>19)</sup>.

Die diversen Versuchsmaßnahmen hinsichtlich der Autonomie der Betriebe beziehen sich alle darauf, inwieweit man durch Aufhebung, Lockerung oder Veränderung dieser beiden betrieblichen Indikatorengerüste das Eigeninteresse der Betriebe („Im allgemeinen kümmern sich die Betriebe nur selten darum, welches die wirtschaftlichen Ergebnisse ihrer Arbeit sind“) steigern kann, ohne zugleich die Verwirklichung der grundlegenden, einheitlich geplanten makroökonomischen Entscheidungen zu gefährden. Die bisherigen Ergebnisse sind widersprüchlich, und zur Zeit scheint die Versuchspolitik zu stagnieren, wenn nicht gar rückläufig zu sein.

Erfolgreich hingegen verliefen solche innerbetrieblichen Veränderungen, die unter Stichworten wie „Prämiensystem“, „Entlohnung nach persönlicher Leistung“, „Gewinnbeteiligung“, Ziehen klarer Grenzen der Verantwortlichkeit zwischen Partei- und Betriebsführung, zwischen einzelnen Abteilungen der Betriebe und für einzelne Arbeitskräfte stehen. Auf diesem Gebiet sind die größten Wandlungen festzustellen. Egalitäre Entlohnungsformen ohne Bezug zur Leistung, Auflösung der Verantwortlichkeitsbereiche, „politisches“ statt fach-

liches „Kommando“, kurzum die Erscheinungen der „eisernen Reisschüssel“ und des „Essens aus dem großen Topf“ dürfen als teilüberwunden gelten. Unklar erscheint, inwieweit Klagen gegen „Mißbräuche des Prämiensystems“ und „Zweckfremdung von betrieblichen Gewinnen“ tatsächlich auf bestimmungswidriges Verhalten abzielen oder inwieweit sie als Munition gegen das Prinzip der „materiellen Interessiertheit“ an sich gerichtet sind.

Neben anderen scheinen vor allem zwei Problembereiche hierfür ursächlich zu sein. Zum einen handelt es sich um die Frage, inwieweit die jetzigen chinesischen Betriebsleitungen überhaupt fähig und/oder gewillt sind, tatsächlich „unternehmerisch“ tätig zu werden. Seit drei Jahrzehnten in die „Verwaltung von Kennziffern“ eingebunden, fehlt es der großen Mehrheit an jener fachlichen Qualifikation und Mentalität, die zur Leitung wirklich autonomer Betriebe benötigt werden. Ferner stellt sich die Frage nach dem persönlichen Anreiz. Die meisten Betriebsleiter sind zu Fachleuten im bisherigen System der Kennziffern geworden. Der ungarische Wirtschaftswissenschaftler Kornai hat diese Fertigkeit einmal als Kunst der Spekulation in der Planwirtschaft bezeichnet. Er bezog sich damit auf die Kunst, „Nutzen aus den in den Plankennziffern verborgenen ökonomischen Widersprüchen und Vieldeutigkeiten“ zu ziehen. Im Vergleich zu diesem komfortablen Zustand erhöht sich unter den zur Zeit gegebenen Bedingungen der Autonomie der Betriebe einseitig das Risiko, während der Anreiz wesentlich weniger gestiegen ist. Die Risikoerhöhung hängt mittelbar mit dem zweiten Grund für die relativ geringen Erfolge mit der Autonomisierung der Betriebe zusammen. Es geht dabei um die staatlich fixierte Preisstruktur, die in der Vergangenheit weder nach Knappheitskriterien noch nach dem „Wertgesetz“ gestaltet wurde.

Die sogenannte Wertgesetzproblematik ist eine der am weitesten ausgeführten Diskussionen in der gesamten Geschichte der sozialistischen Wirtschaftswissenschaft. Alle Fragen und Antworten, die heute in China gegeben werden, sind bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert in der Sowjetunion gegeben worden, als es zu der grundlegenden Auseinandersetzung zwischen Preobraschenski und Bucharin kam. Vereinfacht gesagt ging und geht es um die Frage, ob eine sozialistische Wirtschaft vom Wertgesetzprinzip, d. h. von Tauschrelationen auf der Grundlage des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes (Äquiva-

<sup>19)</sup> Siehe dazu auch: Frank Münzel, Das Recht der VR China, Darmstadt 1982, S. 98, 99.

lenzprinzip) abweichen könne, ohne gravierenden Schaden zu nehmen. Diesem Äquivalenzprinzip wurde bewußt (Preobraschenski) das Gesetz der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation entgegengesetzt. Letzteres geht von der bewußten Nichtäquivalenz als Regulator der Wirtschaft aus, weil nur so eine abnorm hohe Akkumulation erzielt werden könne. In der Praxis der Sowjetunion und der Volksrepublik China setzte sich das Gesetz der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation durch. Hauptopfer des über die Nichtäquivalenz gesteuerten Abschöpfungsmechanismus war in beiden Ländern die Landwirtschaft. Unter dem Schlagwort „Preisschere“ (zwischen industriellen und agrarischen Erzeugnissen) hält die Diskussion darüber auch heute noch an.

Theoretisch müßte der Inhalt des Wertgesetzes von seiner Verwirklichungsform unterschieden werden. Seine Realisierung ist keineswegs nur über den Marktmechanismus vorstellbar. In der Praxis jedoch hat sich in China ein enger Bewußtseinszusammenhang zwischen den Begriffen Wertgesetz, Markt, Preis und Konkurrenz ergeben. Es wird von der „Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit mittels des Preismechanismus“ gesprochen, und erste Versuche haben bereits zu einer Differenzierung von Preiskategorien (staatliche Fixpreise, Verhandlungspreise mit fixierter Ober- und Untergrenze, freie Preise) geführt. In den volkswirtschaftlichen Schlüsselbereichen jedoch herrscht nach wie vor die staatliche Preisfixierung nach „politisch“ bedingten, wirtschaftlich „irrationalen“ Kriterien vor. Unter den reformorientierten chinesischen Wirtschaftswissenschaftlern läßt sich erste Resignation erkennen („Es wurde gedonnert, aber es fiel kein Regen“). Es ist zu früh, diese auf das Langesche Modell des „Konkurrenzsozialismus“ hinführende Diskussion für tot zu erklären, aber sie hat viel von ihrer Vitalität verloren.

Im Gegensatz zur Autonomiepolitik der staatlichen Betriebe und zur Frage des Konkurrenzsozialismus ist die Entwicklung in einem dritten Bereich der Reformsphäre, den sogenannten „Einzelwirtschaftskörpern“ in der Landwirtschaft und im Tertiärsektor, extrem schnell vorangeschritten. Die Neu- bzw. Wiedereinführung verschiedener Formen der „Einzelwirtschaft“ und der „einzelwirtschaftlichen Verantwortlichkeitssysteme“ in der Landwirtschaft und im Tertiärsektor (Handel, Restaurants, Reparaturwesen, Kleinhandwerk und sonstige Dienstleistungen) hat sowohl in

China als auch im Ausland große Aufmerksamkeit erfahren. Die weitreichendsten Wandlungen haben sich im ländlichen Bereich vollzogen, wo offiziell 20—25% der leistungsschwachen Einheiten zur Aufteilung der Bodenbewirtschaftung und des Ernteanbaus an Einzelhaushalte (baochan dao hu) übergehen durften. Den restlichen Einheiten wurde ein erhöhtes Maß an privatwirtschaftlicher Tätigkeit zugestanden. Tatsächlich hat sich die Ausdehnung einzelwirtschaftlicher Formen nicht nur auf die offiziell genehmigten Einheiten beschränkt, sondern unter verschiedenen Etiketten die Mehrheit der ländlichen Einheiten erfaßt. Nach Schätzungen sind 1981 30—50% des landwirtschaftlichen Produktionswertes einzelwirtschaftlich erzeugt worden. In den Einheiten, die keine reguläre Einzelwirtschaft betreiben, stehen die „drei Selbstanteile“ (ziliu) im Mittelpunkt. Gemeint sind das sogenannte „Selbstanteilsland“ (Privatparzellen), das bis zu 15% der gesamten Anbaufläche der jeweiligen Kollektiveinheit ausmachen darf, der „Selbstanteilsberg“ (Brenn- und Bauholz) und die „Selbstanteilsperson“ (eine Arbeitskraft je Haushalt von der Kollektivarbeit freigestellt).

Formal müssen die einzelwirtschaftlichen Verfahren unter der Kategorie „operationelle Wirtschaftslenkung“ eingeordnet werden. Offiziell wird nachhaltig betont, daß sie zu Unrecht als „Restauration der Privatwirtschaft“ bezeichnet werden. Tatsächlich handele es sich nur um eine neue „Verwaltungs- und Organisationsform der Kollektivwirtschaft“. Es müsse ein klarer Unterschied zwischen „individuell-familiärem Nutzungsrecht“ und „kollektivem Eigentumsrecht“ gemacht werden. Nimmt man eine solche formale Unterscheidung ernst, dann erinnert das System bis zu einem gewissen Grad an das Pachtsystem des kaiserlichen China, insbesondere an die „Staatsfelder“, in denen der Staat als Grundbesitzer auftrat und seinen Boden durch Einzelpächter bewirtschaften ließ.

Die Auseinandersetzung um die „Ergänzungsfunktion der Einzelwirtschaftssysteme“ hält seit zwei Jahren an und wird mit den ständig gleichen Argumenten geführt. In der Praxis der Landwirtschaft geht es nicht um Fragen des Eigentumsrechts, sondern um einen substantiellen Privilegienbestand. Die einzelwirtschaftlichen Einheiten (Produktionsbrigaden), die bisher von rd. 100 „Basisbürokraten“ gelenkt wurden, glauben im Rahmen der neuen Produktions- und Verteilungsverfahren mit fünf Kadern auszukommen. „Nach 30 Jahren

Mühen und Beschwerlichkeiten kehrt man in einer Nacht zurück (zum Zustand) vor der Befreiung", ist die Grundanklage von Millionen von Reformgegnern, deren Machtbasis bei den sogenannten „vier abhängigen Familien" liegt. Es handelt sich um die Familien von Militär-angehörigen, dörflichen Kadern und Kadern, die in städtische Funktionen versetzt worden sind, sowie von ländlichen Kräften, die kollektivwirtschaftliche Fabrikarbeit erhalten haben. Die Familien dieser vier Gruppen haben bisher zu Lasten der restlichen Dorfgemeinschaft eine Vorzugsbehandlung bei der Einkommensverteilung erfahren. Zusammen mit den Familien solcher Bauern, die aufgrund mangelnder Leistungskraft durch die neuen Verfahren benachteiligt sind, ergibt sich ein massives Potential von 80 bis 100 Mio. Gegnern. Ihre Haltung gegenüber der Reformpolitik der Führung wird als „Nicht durchlassen, nicht verstehen, nicht kümmern" charakterisiert. Dies hat zu weit verbreiteter Unsicherheit über die Zukunft der einzelwirtschaftlichen Formen geführt, die den wirtschaftlichen Erfolg der Maßnahmen geschmälert haben. Die bäuerlichen Produzenten sind in vielen Fällen offensichtlich zu einer Anbauweise kurzfristiger Höchstergebnisse ohne entsprechende Bodenpflege übergegangen („Der vorbeifliegenden Gans eine Feder ausrufen"). Die weitere Entwicklung scheint keineswegs entschieden, wie die fortlaufenden Beschwörungen der chinesischen Medien verdeutlichen. Danach handelt es sich bei den einzelwirtschaftlichen Verfahren keineswegs um eine „situationsbedingte Augenblicksmaßnahme", sondern um eine „langfristige Politik".

#### **Ausrichtung (zhengdun) und Niveauanhebung (tigao):**

Hinter diesen beiden Begriffen verbirgt sich in erster Linie der Versuch, durch ein Bündel von wirtschaftspolitischen Maßnahmen die durch das zehnjährige Chaos der Kulturrevolution verlorengegangene „Systemnormalität" wiederzugewinnen. Unter „Ausrichtung" wird in erster Linie die Normalisierung der betriebsinternen Arbeit verstanden, d. h. es geht um eine Verbesserung des „chaotischen Zustands der Betriebsverwaltung" und um die Durchsetzung der verschiedenen Bestimmungen und Systeme, die für einen geordneten Produktions- und Arbeitsablauf notwendig sind. Diese Bestimmungen existieren seit den fünf-

ziger Jahren, konnten jedoch in der betrieblichen Praxis der Vergangenheit nicht durchgesetzt werden. Zu ihnen gehören Bestimmungen zur betrieblichen Rechnungsführung und Arbeitsdisziplin der Belegschaften, Sicherheitsregeln und Wartungsbestimmungen.

„Niveaueinhebung" bezieht sich auf die Gesamtheit von Maßnahmen zur Steigerung der technischen und wirtschaftlichen Standards im Produktionsprozeß. Die Schwerpunkte können mit den beiden Begriffen „Arbeitsproduktivität" und „Wirtschaftlichkeit" gekennzeichnet werden. Eine entscheidende Verbesserung in diesen beiden Bereichen scheint der Führung um so dringlicher, als auf absehbare Zeit „die bestehenden Betriebe die Basis für unser Produktionswachstum bilden" müssen. Trotz permanenter „Antiverschwendungs-, Sparsamkeits-, Reserveverschließungs- und Produktivitätssteigerungsaufrufe" stagniert die Bewegung seit 1979. Teilweise zeigen sich sogar rückläufige Tendenzen. Zwei Drittel aller staatlichen Betriebe liegen nach wie vor in den Verbrauchskennziffern für Energie und Roh-/Werkstoffe je produzierter Wareinheit (1981) unter ihrem „eigenen geschichtlichen Bestand" von 1964/65.

Insgesamt heißt es dazu für das Jahr 1981: „Allerdings war die wirtschaftliche Effizienz der industriellen Produktion als Ganzes noch verhältnismäßig niedrig. 1981 betrug die Arbeitsproduktivität pro Arbeiter und Angestellten in den volkseigenen Industrieunternehmen, nach den festen Preisen von 1980 gerechnet, 11 863 Yuan, 1,8% weniger als 1980. Die erwünschte Qualität bei 32 von 65 wichtigen Erzeugnissen konnte nicht erreicht werden. 48 von 101 Normen für den Pro-Einheit-Materialverbrauch stiegen, Gesamtkosten der vergleichbaren Produkte lagen um 1% höher. Die Gewinne, die an den Staat abgeführt wurden, gingen um 8,5% zurück. 27,1% der Industrieunternehmen arbeiteten im unterschiedlichen Grad noch mit Verlust. Einige Unternehmen strebten blind nach dem Produktionswert und schnellerem Produktionstempo, mißachteten die Qualität der Produkte und den Bedarf auf dem Markt. Die Produktion einiger Erzeugnisse, deren Ausstoß gemäß dem Staatsplan beschränkt werden sollte, nahm unerwünscht zu, so daß diese überzähligen Waren in den Lagern blieben."<sup>20)</sup>

<sup>20)</sup> Siehe Fußnote 13.

## IV. Schlußbemerkungen

Zieht man eine abschließende Kurzbilanz aus der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung der VR China, so hat sich zwar das Problemgewicht, das auf dem Land lastet, in einigen grundlegenden Bereichen — insbesondere was die rückläufige Einkommensentwicklung in großen Teilen des ländlichen Raumes und die städtische Konsumgüterversorgung angeht — verringert, aber gleichzeitig ist sichtbar geworden, daß sich die Kosten zukünftiger Problemlösungen deutlich erhöht haben. Der entwicklungspolitische Handlungsspielraum der Führung ist kleiner geworden, und sei es nur aufgrund der Tatsache, daß gewaltige Mehrleistungen erbracht werden müssen, um

bei einem geschätzten Wachstum von weiteren 500 Millionen Menschen den jetzigen Pro-Kopf-Leistungsstand zu halten. Erfolg und Mißerfolg werden wesentlich davon abhängen, ob und in welchem Zeitraum die laufende Sanierungs- und Reformpolitik einen umfassenden „Durchbruch“ erzielen kann. Die „Diagnose“ dieser Politik erscheint weitgehend korrekt und wirklichkeitsnah. Es fehlt — zumindest augenblicklich — an einer systematischen „Therapie“, die zwangsläufig auf den hieltenden Widerstand jener Teile der Gesellschaft und der Partei- wie Staatsbürokratie trifft, deren Interessen durch den Wandel beschnitten werden.

## Elemente der Außenpolitik Chinas seit Anfang der siebziger Jahre

Die Außenpolitik der Volksrepublik China ist in ihrer heutigen Gestalt im wesentlichen bereits nach der sogenannten Kulturrevolution 1969/70 formuliert worden. Sie geht also noch auf die Zeit des aktiven Wirkens der beiden einflußreichsten politischen Führer Chinas, Mao Zedong und Zhou Enlai, zurück. Jene tiefgreifenden innen- und wirtschaftspolitischen Veränderungen, die der Tod Maos im Herbst 1976 und die Ausschaltung seiner radikalen Parteigänger zur Folge hatten, hat die Außenpolitik nicht erfahren. Die Erben Maos, Deng Xiaoping und seine Anhänger, haben an dem an der Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren formulierten außenpolitischen

Kurs festgehalten, als dessen Hauptziel die Zurückweisung des regionalen und globalen Machtanspruchs der Sowjetunion erkennbar geworden ist. Zwar hat es im Verlaufe der vergangenen anderthalb Jahrzehnte in den taktischen Bemühungen um dieses Ziel Akzentverlagerungen gegeben, eine grundsätzliche Richtungsänderung ist jedoch nicht erfolgt. Im folgenden sollen die Motive für die Neuformulierung der chinesischen Außenpolitik am Beginn der siebziger Jahre, ihre theoretische Begründung aus chinesischer Sicht und die Strategie ihrer Vertreter im Rahmen der langfristigen Zielsetzungen Pekings behandelt werden.

### I. Die Motive

Schon in der ersten Hälfte der sechziger Jahre, so heißt es, habe der damalige Außenminister Chen Yi das Wohlwollen Maos gewonnen, als er ihm vorschlug: „Stabilisiere den Westen und verbünde dich mit anderen Ländern gegen Sowjetrußland, andernfalls werden wir den Feinden vor uns und in unserem Rücken ausgesetzt sein und in die Berge des Himalaya fliehen müssen.“<sup>1)</sup>

Selbst wenn man Chen Yis Bemerkung noch nicht als Anstoß für den sich Ende der sechziger Jahre vorbereitenden Abbau der Konfrontation mit den USA interpretieren will, so geht doch daraus hervor, daß bereits vor Beginn der „Kulturrevolution“ innerhalb der Führung Überlegungen angestellt und — wie man weiß — diplomatische Schritte unternommen wurden, die gleichzeitige Gegnerschaft zu beiden Supermächten durch eine Annäherung an den Westen auszugleichen. Außer Frankreich, das 1964 die VR China anerkannte, wagte jedoch keiner der amerikanischen Bündnispartner in Westeuropa und Asien, die Beziehungen zu Peking zu formalisieren.

Die internationale Entwicklung sollte Chen Yis Warnung bestätigen und die chinesische Führung zu einer Änderung ihrer Politik sogar gegenüber ihrem damaligen Hauptfeind, den Vereinigten Staaten, veranlassen: Die sowjetische Intervention in der ČSSR 1968 machte China, das ebenfalls des Verrats am Sozialismus bezichtigt wurde, zumindest in der Einschätzung seiner Führer zu einem Anwendungsfall für die Breschnew-Doktrin. Die Folge war, daß Peking der amerikanischen Seite überraschend seine Bereitschaft signalisierte, das nächste Treffen der Botschafter beider Länder in Warschau im Februar 1969 abzuhalten. In Verbindung mit diesem Vorschlag gab China der amerikanischen Seite die Schuld, daß man in den vergangenen 13 Jahren, das heißt seit Beginn der Botschafter-Gespräche, nicht zu einem Übereinkommen über die Räumung Taiwans und über die Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz gelangt sei<sup>2)</sup>.

<sup>2)</sup> Xinhua News Agency, Daily Bulletin No. 3952, 26. 11. 1968. Die Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz sind: Gegenseitige Achtung der territorialen Unverletzlichkeit und der Souveränität, Nichtangriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichheit und gegenseitiger Nutzen, friedliche Koexistenz.

<sup>1)</sup> Interne Rede des Außenministers Qiao Guanhua vom 20. 5. 1975, zit. in: Warren Kuo (ed.), Foreign Policy Speeches by Chinese Communist Leaders 1963 bis 1975, Taipei 1976, S. 11.

Damit hatte Peking der neuen amerikanischen Administration — Nixon war soeben zum Präsidenten gewählt worden — auf subtile Weise zu verstehen gegeben, daß es an einem Abkommen interessiert sei, in dem man sich u. a. über die Prinzipien der Friedlichen Koexistenz, also auch über den Grundsatz des Nichtangriffs, einigen könne.

Dieses Signal erfolgte drei Monate nach dem sowjetischen Einmarsch in Prag und nur zwei Wochen, nachdem Breschnew diesen Schritt in einer Rede in Posen mit der Behauptung zu rechtfertigen versucht hatte, der Schutz der sozialistischen Ordnung eines Landes mit militärischen Mitteln rangiere vor der Beachtung der Souveränität dieses Landes.

Da der chinesischen Führung von Moskau wiederholt Chauvinismus und Untergrabung der Einheit der sozialistischen Weltgemeinschaft vorgeworfen worden war — so z. B. von Breschnew in seiner Rede zum Jahrestag der Oktoberrevolution am 4. November 1967 —, mußte sie die folgende Feststellung des sowjetischen Parteichefs als Warnung empfinden: „... wenn also eine ernste Gefahr für die Sache des Sozialismus in diesem Lande, eine Gefahr für die Sicherheit der ganzen sozialistischen Gemeinschaft entsteht — dann wird dies nicht nur zu einem Problem für das Volk dieses Landes, sondern auch zu einem gemeinsamen Problem, zu einem Gegenstand der Sorge aller sozialistischen Länder.“<sup>3)</sup>

Den Führern in Peking hat die Reaktion der Sowjetunion auf die Vorgänge in der ČSSR verdeutlicht, wie prekär die Sicherheit ihres Landes werden könnte, wenn man an dem bisherigen Kurs, d. h. der gleichzeitigen Konfrontationspolitik gegenüber beiden Supermächten, festhält.

Ein weiterer Anstoß, diese Politik zu revidieren, dürfte von politischen Initiativen der Sowjetunion und der USA ausgegangen sein, die die Lage in Asien betrafen.

Ende Mai 1969 veröffentlichte die sowjetische Regierungszeitung einen Kommentar mit dem Vorschlag, in Asien ein System kollektiver Sicherheit zu errichten. Wenige Tage später wiederholte Breschnew diesen Vorschlag auf der Internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau und machte ihn so zu einem Bestandteil sowjetischer Asienpolitik<sup>4)</sup>.

<sup>3)</sup> Rede Breschnews vom 12. 11. 1968 in: Boris Meissner, Die „Breschnew-Doktrin“. Dokumentation, Köln 1969, S. 75—82.

<sup>4)</sup> Izvestija 29. 5. 1969 bzw. Pravda 8. 6. 1969.

Die Art und Weise der Präsentation dieses Vorschlags und seine weitere Behandlung in der sowjetischen Presse ließ keinen Zweifel daran, daß die Sowjetunion darauf abzielte, ihren Einfluß in einem Raum zu verstärken, aus dem England sich militärisch zurückziehen im Begriffe stand und in dem die Vereinigten Staaten sich in einen ausweglosen Konflikt verwickelt hatten.

Im Juli 1969, nur einen Monat nach der Veröffentlichung der sowjetischen Initiative, deutete Präsident Nixon auf einer Pressekonferenz in Guam an, die Länder Asiens sollten die Verantwortung für ihre Verteidigung in wachsendem Maße selbst übernehmen. Mit anderen Worten: Der amerikanische Präsident kündigte den Abbau des militärischen Überengagements der USA in diesem Raum an<sup>5)</sup>.

Die Äußerungen der verantwortlichen Führer der beiden Supermächte ließen erkennen, daß die eine Macht ihr wachsendes Interesse an der asiatisch-pazifischen Region anmeldete, während die andere dabei war, ihren militärischen Rückzug aus diesem Raum einzuleiten und zu rechtfertigen.

In Peking verstand man die strategische Bedeutung dieser gegenläufigen Bewegungen. Man sah, daß die Bedrohung durch die USA ihren Höhepunkt überschritten hatte. In den Augen der chinesischen Führer war die Sowjetunion zur gefährlicheren der beiden Supermächte geworden. Gegen sie mußte man sich schützen.

Diese Überzeugung war durch andere sowjetische Aktivitäten in Ostasien gestützt worden: 1966 hatte die Sowjetunion mit der Mongolei einen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ mit zwanzigjähriger Laufzeit abgeschlossen, der ihr die Stationierung von Streitkräften und die Unterhaltung von Stützpunkten gestattete. Ferner hatte sie die Zahl ihrer Divisionen entlang der chinesischen Grenze von 18 im Jahre 1964 auf 33 im Jahre 1970 erhöht<sup>6)</sup>. Auch die zum Teil schweren bewaffneten Zusammenstöße zwischen sowjetischen und chinesischen Streitkräften von März bis August 1969 am Ussuri und im Nordwesten Chinas belegten die dramatische Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden kommunistischen Großmächten.

<sup>5)</sup> New York Times, 26. 7. 1969.

<sup>6)</sup> Strategic Survey 1981—1982, London 1982, S. 105.

Für die Vereinigten Staaten, deren Präsident wiederholt den Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen zu China angedeutet hatte, bot sich durch die skizzierte Entwicklung und die sich vorsichtig abzeichnende Bereitschaft der Chinesen, die langjährige Konfrontation mit den USA ebenfalls abzubauen, eine selten günstige Konstellation. Beide Seiten waren entschlossen, erste Schritte in Richtung auf eine Entspannung zu unternehmen; sie taten dies mit bemerkenswerter Zielstrebigkeit. Bereits im Juli 1971 konnte der Sicherheitsberater Präsident Nixons, Henry Kissinger, während eines geheimen Aufenthalts in Peking die Möglichkeit eines Besuchs des amerikanischen Präsidenten in China erörtern. Dieser Besuch fand im Februar 1972 statt und schuf die Grundlage für eine strategische Partnerschaft von weitreichender Bedeutung für Asien und die Welt<sup>7)</sup>.

Die Entspannung der Beziehungen zu Amerika hat sich für China gelohnt. Es erreichte damit bei minimalem Mitteleinsatz optimale Ergebnisse:

— Die Bündnispartner der Vereinigten Staaten, die zwanzig Jahre lang die Eindämmungs- und Isolierungspolitik gegenüber China unterstützt hatten, gaben diese Politik auf und stellten volle diplomatische Beziehungen zur VR China her. Sie anerkannten dabei die Regierung in Peking als die einzig rechtmäßige chinesische Regierung und trugen so zur diplomatischen Isolierung Taiwans bei. Die Übernahme des chinesischen Sitzes in den Vereinten Nationen im Herbst 1971 durch die Vertreter aus Peking war die unmittelbare Folge dieser Entwicklung.

— Japan, der engste Bündnispartner der USA im pazifischen Raum, geriet unter starken innenpolitischen Druck, seinerseits die Beziehungen zu China zu normalisieren. Es mußte dafür die Bedingungen Pekings ohne Abstriche akzeptieren.

— Die Entspannung des Verhältnisses zu den USA verschaffte China Zugang zu fortgeschrittener Technologie und westlichen Managementmethoden.

<sup>7)</sup> Dazu im einzelnen: Marie-Luise Näth, Die Entwicklung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen seit 1972: Hintergründe, Probleme, Perspektiven. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Nr. 36—1979.

Damit haben als externe Motive für die Neuorientierung der chinesischen Außenpolitik nach der „Kulturrevolution“ zu gelten: die in Peking als Bedrohung verstandene verstärkte Hinwendung der Sowjetunion nach Asien, der forcierte Ausbau ihrer militärischen Präsenz unmittelbar an Chinas Grenze und eine jederzeit mit der Breschnew-Doktrin zu rechtfertigende Interventionspolitik gegenüber „sozialistischen Bruderländern“. Dazu kontrastierte positiv eine amerikanische Politik, die auf eine wesentliche Reduzierung der militärischen Präsenz der USA in Asien abzielte. Ob auch innenpolitische oder wirtschaftliche Gründe für Chinas Entscheidung eine Rolle gespielt haben, ist zweifelhaft. Die zwangsläufige Abschwächung und schließlich Einstellung der zwei Jahrzehnte lang betriebenen anti-amerikanischen Propaganda war innenpolitisch eher ein Risiko.

### III. Der Anti-Hegemonismus

— Der Eintritt Chinas in das System der internationalen Beziehungen, insbesondere aber seine Annäherung an die USA, erhöhte seine Sicherheit gegenüber der Sowjetunion. Die Bemühung um mehr Sicherheit gegenüber der sowjetischen Bedrohung durchzieht die gesamte chinesische Außenpolitik. Es ist ihr zentrales Element. Gerade hier liegt der entscheidende sicherheitspolitische Gewinn der neuen chinesischen „West-Politik“ seit Beginn der siebziger Jahre.

Dabei kommt Peking das Interesse der USA an einem „unabhängigen und starken China“ (Brzezinski 1979) entgegen. Dieses Interesse führte auf amerikanischer Seite zu Äußerungen, die von einer Sicherheitsgarantie nicht mehr weit entfernt sind, so zum Beispiel Vizepräsident Mondales Feststellung, „jede Nation, die China in der Weltpolitik zu schwächen oder zu isolieren trachtet, nimmt eine amerikanischen Interessen zuwiderlaufende Haltung ein“, oder 1980 die Erklärung des Assistant Secretary of State für Ostasien und den Pazifik, Richard Holbrooke: „Die berühmte Dreiecks-Diplomatie der 1970er Jahre ist nicht mehr der angemessene konzeptionelle Rahmen, in dem wir unsere Beziehungen mit China sehen.“<sup>8)</sup> Dies bedeutete die Beendigung der Politik der „evenhandedness“, der gleichgewichtigen Beziehungen der Vereinigten Staaten zur Sowjetunion und zu China.

<sup>8)</sup> The Japan Times, 25. 6. 1980.

Die Verschlechterung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses hat in Washington die Tendenz gefördert, China als Instrument amerikanischer Politik gegenüber der Sowjetunion zu sehen und nicht als Bestandteil einer umfassenderen Asien-Politik zu begreifen. China wehrt sich gegen diesen instrumentalen Charakter seiner Stellung in der amerikanischen Außenpolitik. Es läßt sich weder als „Karte“ im Spiel der Supermächte gegeneinander benutzen, noch durch Waffenangebote in seiner Politik gegenüber Taiwan beeinflussen.

Washington hat jüngst nach langen Verhandlungen der Forderung Pekings nach Reduzierung und schließlich Einstellung der Lieferung von Rüstungsgütern an Taiwan nachgegeben, ohne von chinesischer Seite eine politische Konzession zu erhalten.

Aber blicken wir noch einmal zurück zum Ausgangspunkt des chinesisch-amerikanischen Normalisierungsprozesses. Am Ende des Besuchs von Präsident Nixon in China und damit am Beginn der Wiederannäherung zwischen beiden Mächten steht mit dem Communiqué von Shanghai ein Dokument, dessen politische Bedeutung über die chinesisch-amerikanischen Beziehungen hinausreicht. Dieses Dokument enthält eine Formel, die zur Leitlinie chinesischer Außenpolitik werden sollte. Sie besagt, daß „keine von beiden Seiten eine Hegemonie im asiatisch-pazifischen Bereich anstreben sollte und daß jede von ihnen Bemühungen irgendeines anderen Landes oder irgendeiner Gruppe von Ländern zur Errichtung einer solchen Hegemonie ablehnt“<sup>9)</sup>.

Diese sogenannte Antihegemonie-Klausel enthält also sowohl den Verzicht der USA und Chinas auf Streben nach eigener Vorherrschaft im asiatisch-pazifischen Raum als auch die Ablehnung des Hegemoniestrebens dritter Staaten oder Staatengruppen in diesem Raum.

Nach Lage der Dinge kamen und kommen als potentielle Hegemonialmächte in Asien nur noch die Sowjetunion und Japan in Betracht. Da Japan wegen seiner beträchtlichen Außenabhängigkeit die geographisch-politischen Voraussetzungen für die Erreichung und Sicherung einer hegemonialen Stellung fehlen, bleibt realistisch gesehen nur die Sowjetunion, die nach Hegemonie streben könnte. Gegen sie richtet sich auch — wie ihre empfindlichen

Reaktionen bewiesen haben — der zweite Teil der Antihegemonie-Klausel. Wie wichtig China diese Klausel ist, haben seine intensiven Bemühungen gezeigt, sie auch in anderen Dokumenten internationalen Charakters zu verankern. So gelang es Peking, daß die Klausel auch in die Gemeinsame Erklärung über die Normalisierung der Beziehungen mit Japan im September 1972 und — in unwesentlich veränderter Form — in den Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Japan vom August 1978 aufgenommen wurde. Ferner findet sich die Klausel im Communiqué über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und den USA vom Dezember 1978 wieder. Dort sprechen sich beide Seiten gegen Hegemonie nicht nur in der asiatisch-pazifischen Region, sondern auch „in irgendeiner anderen Region der Welt“ aus<sup>10)</sup>. Auch in seinen Verhandlungen mit Vietnam hat China diese Klausel als Grundlage für eine Beilegung des Konflikts vorgeschlagen<sup>11)</sup>.

Schließlich findet sich die Ablehnung des Hegemoniestrebens dritter Staaten in Regierungs- und Pressecommuniqués Chinas mit Australien, den Philippinen, Malaysia, Thailand und Burma. Außerhalb der pazifischen Region haben sich nur Mexico und Frankreich (beide 1973) mit dieser Formel identifiziert.

Das unablässige Drängen Chinas auf Anerkennung seiner Zurückweisung jeglicher Vorherrschaft irgendeines Staates beweist den globalen Charakter seines Anti-Hegemonismus. Selbst in die Präambeln seiner verschiedenen Verfassungen hat China die Zurückweisung des „Hegemonismus“ aufgenommen. In der zur Zeit gültigen Verfassung von 1978 setzt China sich sogar das Ziel, „eine internationale Einheitsfront gegen den Hegemonismus der Supermächte“ zu bilden, und auch in dem jüngst veröffentlichten Entwurf der demnächst zu verabschiedenden neuen Verfassung sagt China dem „Hegemonismus“ den Kampf an<sup>12)</sup>.

Grundsätzlich wird der „Hegemonismus“ *beider* Supermächte angesprochen; da aber die Sowjetunion seit Anfang der siebziger Jahre ausdrücklich als die gefährlichere der beiden

<sup>10)</sup> Europa-Archiv, 34. Jahr, Folge 3, 1979, D 76.

<sup>11)</sup> Siehe Rede Han Nianlongs auf der Zweiten Plenarsitzung der chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen in Hanoi am 26. 4. 1979. In: Zhou Guo (ed.), *China & the World* (1), „Beijing Review“ Foreign Affairs Series, 1982, S. 126—127.

<sup>12)</sup> Vgl. *Peking Review*, Vol. 18, No. 4, 1975, S. 13 bzw. a. a. O., Vol. 21, No. 11, 1978, S. 5—14, bzw. *Beijing Review*, Vol. 25, No. 19, 1982, S. 29.

<sup>9)</sup> Europa-Archiv, 27. Jahr, Folge 6, 1972, D 138.

Mächte angesehen wird, ist die Interpretation zulässig, daß China unter „Hegemonismus“ im allgemeinen — wenigstens bis zum Ende der Carter-Administration — das Streben der Sowjetunion nach Vorherrschaft und ihre allenthalben praktizierte Form der Machtausübung verstand. Ihrer unterschiedlichen Einschät-

zung der beiden Supermächte gaben die Chinesen mit der drastischen Feststellung Ausdruck: „Darüber hinaus ist die Sowjetunion die noch bösartigere, abenteuerlichere und raffiniertere der beiden imperialistischen Supermächte und die gefährlichste Quelle eines Weltkriegs.“<sup>13)</sup>

### III. Dreiteilung der Welt und Einheitsfronttaktik

Kennzeichnend für Chinas Analyse der internationalen Beziehungen und damit auch für seine außenpolitischen Entscheidungen ist ihr globaler Ansatz. So ist es nicht überraschend, daß die chinesischen Führer ihre Opposition gegen den „Hegemonismus der Supermächte“ in ein umfassendes Konzept einordneten: die Drei-Welten-Theorie. Sie wird Mao Zedong zugeschrieben und ist bis heute das offiziell gültige Erklärungsschema Pekings für die politischen Kräfte und Machtgruppierungen dieser Welt.

Nach dieser 1974 veröffentlichten Theorie gehören die industrialisierten Länder Europas sowie Japan, Australien, Kanada usw. zur sogenannten Zweiten Welt. Diese sei zwar dem Druck und der Kontrolle der beiden Supermächte USA und Sowjetunion, die die Erste Welt bilden, ausgesetzt, versuche aber ihrerseits, die Länder der Dritten Welt, d. h. die unterentwickelten, aber rohstoffreichen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, auszubuten. Die Zweite Welt steht also zwischen der Ersten und der Dritten, und es ist nach Mao „nicht nur notwendig, sondern auch möglich, sich im gemeinsamen Kampf gegen die beiden Hegemonialmächte mit der Zweiten Welt unter bestimmten Bedingungen zu vereinigen“<sup>14)</sup>.

China selbst bezeichnet sich als ein sozialistisches Land der Dritten Welt; daran werde sich auch nach erfolgreicher Modernisierung nichts ändern. Es werde auch nie nach Hegemonie streben<sup>15)</sup>. Die Geschichte lehrt, daß gegenüber den Absichtserklärungen von Großmächten stets Skepsis angebracht ist.

Mit dem Aufruf zum Zusammenschluß der Zweiten und der Dritten Welt zum gemeinsamen Kampf gegen die beiden Hegemonialmächte greift die chinesische Führung auf die Taktik der Einheitsfront zurück, die schon in den dreißiger und vierziger Jahren im Kampf gegen Japan angewendet wurde. Damals arbeiteten die Kommunisten mit der Kuomin-

tang Chiang Kai-sheks zusammen, um den gemeinsamen Feind Japan zu bekämpfen. Nach dessen Niederlage 1945 zerbrach die Einheitsfront. Der Hauptfeind der Kommunisten hieß nun Chiang Kai-shek und seine Kuomintang. Gegen diese konzentrierte man alle Kräfte.

Heute heißt der Hauptfeind aus der Sicht der Führer in Peking „Hegemonismus“. Um ihn zu bekämpfen, ruft China die Länder der Zweiten und Dritten Welt zur Bildung einer Einheitsfront auf. Dabei nimmt man in Kauf, daß die Länder der Zweiten Welt überwiegend parlamentarische Demokratien sind oder jedenfalls ihre Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme keinen sozialistischen Charakter haben; denn die Bekämpfung des Hauptfeindes ist das wichtigste Problem, hinter dem geringere Differenzen zurücktreten. „In großen Fragen die Einheit suchen, und in weniger wichtigen Fragen Unterschiede weiter bestehen lassen“, so lautet die taktische Devise.

Dies ist in groben Zügen der konzeptionelle Rahmen, in den China seine Außenpolitik einpaßt — jedenfalls auf der deklaratorischen Ebene. Mit Marxismus-Leninismus hat das nichts mehr zu tun; denn die Welt wird nicht gemäß den politischen Systemen oder vom Standpunkt des „Proletarischen Internationalismus“ aus interpretiert, sondern nach Kategorien der wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung. Kennzeichnend für dieses Vorgehen ist auch, daß die Existenz eines sozialistischen Lagers ausdrücklich verneint wird.

Natürlich erlaubt eine so grobschlüchtige Analyse der Kräfte dieser Welt ein hohes Maß an außenpolitischer Flexibilität. Nahezu jede Koalition scheint im Kampf gegen den Haupt-

<sup>13)</sup> Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt ist ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus. Renmin Ribao, 1. 11. 1977, Verlag für Fremdsprachliche Literatur, Peking 1977, S. 35.

<sup>14)</sup> Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung... S. 62—63.

<sup>15)</sup> A. a. O., S. 54—55.

feind „Hegemonismus“ erlaubt. Hinter diesem Begriff verbirgt sich, wie wir sahen, in erster Linie die Sowjetunion und ihre Machtentfaltung. Die Beispiele für ihren Hegemonismus reichen von den Interventionen in der Tschechoslowakei und in Afghanistan über die Unterstützung des vietnamesischen Einmarsches in Kambodscha bis zur Besetzung der von Japan beanspruchten Inseln am Südende der Kurilen.

Aber auch den USA wird in der Gestaltung ihrer Außenbeziehungen „Hegemonismus“ vorgeworfen. Dabei werden vor allem ihre Unterstützung für Südafrika, Israel und die Regimes in Mittelamerika und in der Karibik, die andauernde Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Südkorea (nicht jedoch in Europa oder Japan!) und die Belieferung Taiwans mit Waffen als „hegemonistische Handlungen“ gebrandmarkt<sup>16)</sup>.

Dennoch hat es eine kurze Phase gegeben — etwa von 1977 bis 1980 —, in der sogar die USA fast nur noch als Element in der Einheitsfront gegen den (Sowjet-)Hegemonismus dargestellt wurden. Mitte 1977 sagte der chinesische Außenminister Huang Hua in einer internen Rede: „Wir sind bestrebt, die USA auf unsere Seite zu ziehen, um die Kräfte zunächst gegen den Hauptfeind, den Sozialimperialismus der sowjetischen Revisionisten, zu konzentrieren.“<sup>17)</sup>

In der Parlamentarischen Versammlung des Europarates warnte er im Herbst 1980 vor der Expansionspolitik des „Hegemonisten“, d. h. allein der Sowjetunion, und unterstützte die Bemühungen Westeuropas um „eine gleiche Partnerschaft mit den USA“<sup>18)</sup>.

Inzwischen ist China zu einer Doppelstrategie übergegangen: Es kritisiert die USA einerseits als hegemonistisch, vor allem in ihrem Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt, unterstützt sie aber andererseits als stärkste westliche Militärmacht zur Eindämmung sowjetischen Expansionsstrebens. Unter dem zweiten Gesichtspunkt befürwortet Peking die Nachrüstung der NATO, ermuntert das Bündnis zur Geschlossenheit und begrüßt den amerikanischen-japanischen Sicherheitsvertrag.

<sup>16)</sup> Beijing Review, Vol. 25, No. 32, 1982, S. 3.

<sup>17)</sup> Gerhard Will, Entwicklungslinien der neuen chinesischen Außenpolitik. Eine interne Rede des Außenministers Huang Hua. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nr. 102, Hamburg 1979, S. 157.

<sup>18)</sup> Xinhua, engl., 30. 9. 1980, BFA/Ostinformationen, S. 31—32, China-Europa.

Neben die unverändert antisowjetische Grundlinie seiner Außenpolitik stellt China seit einiger Zeit verstärkt seine Solidarität mit der Dritten Welt. Seine Teilnahme am Treffen in Cancun im Oktober 1981 mit einer deutlich amerika-kritischen Position in den Nord-Süd-Fragen war Ausdruck dieser neuen Akzentsetzung. Auch in der allgemeinen Beurteilung der Weltlage werden wieder die Sowjetunion und die USA (in dieser Reihenfolge) für die angespannte und turbulente Situation verantwortlich gemacht.

China hat allerdings seine konkrete Hilfe für die Dritte Welt eingeschränkt. Anfang 1981 erklärte der Stellvertretende Außenminister Zhang Wenjin dazu: „Die Zeit umfangreicher Wirtschaftshilfe für afrikanische Länder ist vorüber. Mit der Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft könnte es in Zukunft möglich werden, mehr Hilfe zur Verfügung zu stellen.“<sup>19)</sup> Trotzdem möchte China die Länder der Dritten Welt nicht dem politischen Einfluß der Sowjetunion überlassen. Es wirft der Sowjetunion vor, in der Dritten Welt im Namen des Sozialismus ihrer Expansion nachzugehen, sich als „natürlicher Verbündeter“ der Länder der Dritten Welt zu empfehlen und hinter einer angeblichen Unterstützung des Kampfes der Völker dieser Länder eigene Ziele zu verfolgen<sup>20)</sup>.

Diese Vorwürfe zeigen, daß China die Sowjetunion in der Dritten Welt als Rivalen ansieht. Damit wird der Kern des chinesisch-sowjetischen Antagonismus sichtbar: Rivalität. Im Laufe der Zeit haben zwar ihre Objekte gewechselt, aber sie ist unverändert das Wesen des Konflikts geblieben. Dies erklärt, warum er zwar zu begrenzen, in absehbarer Zeit aber kaum beizulegen ist.

Wenn China die Länder der Dritten Welt zur Zusammenarbeit gegen den „Hegemonismus“ aufruft, dann nimmt es aus dieser Zusammenarbeit Kuba und Vietnam aus, da beide Länder zu „Werkzeugen der sowjetischen Hegemonisten“ geworden sind. Besonders die Bindung Vietnams an die Sowjetunion hat Tatsachen geschaffen, die eine chinesisch-sowjetische Aussöhnung zusätzlich erschweren. Auch hier bildet die Rivalität die Grundlage der Konfrontation — Rivalität um Einfluß in Indochina und im weiteren Sinne in ganz Südostasien.

Pekings Ziel in dieser Region ist es, die Stellung Vietnams, des „kleinen Hegemonisten“, so zu schwächen, daß Hanoi sich schließlich zu

<sup>19)</sup> International Herald Tribune, 13. 1. 1981.

<sup>20)</sup> Beijing Review, Vol. 25, No. 32, 1982, S. 3.

einer Kompromißlösung in der Kambodscha-Frage gezwungen sieht und somit sowjetischer Einfluß wenn schon nicht zurückgedrängt, so wenigstens begrenzt werden kann. China

sieht Südostasien als sein Einflußgebiet. Ob die Chinesen dieses Ziel letztlich erreichen werden, ist nicht vorauszusehen; sie gehen jedenfalls von sehr langen Fristen aus.

#### IV. Chinas Politik gegenüber Japan

Während die Sowjetunion seit 1978 in Indochina ihre Position ausbauen konnte — ihre Flugzeuge und Schiffe benutze die ehemals amerikanischen Stützpunkte Da Nang und Cam Ranh —, sind vergleichbare Anstrengungen in Ostasien erfolglos geblieben. Dort ist es ihr nicht gelungen, Japan mit sibirischen Rohstoffen auf ihre Seite zu ziehen oder durch diplomatischen Druck die Entwicklung eines chinesisch-japanischen Sonderverhältnisses zu verhindern. Vielmehr vermochte eine geschickte chinesische Diplomatie, Japan zur Aufgabe seiner Politik des gleichen Abstands gegenüber Moskau und Peking zu bewegen und seine Unterschrift unter einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit der gegen die Sowjetunion gerichteten Antihegemonie-Klausel zu erhalten. Die durch einen Territorialstreit ohnehin gespannten sowjetisch-japanischen Beziehungen sind dadurch zusätzlich belastet worden und stagnieren.

Für die Modernisierung der chinesischen Wirtschaft fällt Japan eine wichtige, vielleicht sogar die entscheidende Rolle zu. China wickelt heute fast ein Viertel seines gesamten Außenhandels mit Japan ab. Das Volumen des chinesisch-japanischen Handels hat sich seit der Normalisierung der Beziehungen 1972 verzehnfacht und 1981 erstmals den Wert von 10 Mrd. US Dollar überschritten.

Trotz der intensiven und engen Beziehungen zwischen China und Japan sind die Probleme nicht zu übersehen, die als Erbe der jüngsten Vergangenheit zwischen beiden stehen. Japans rücksichtsloses Vorgehen in den dreißiger und vierziger Jahren auf dem asiatischen Kontinent ist in China nicht vergessen. Erst kurze Zeit, bevor Premier Tanaka im September 1972 nach Peking reiste, stellte China seine zwei Jahrzehnte lang wiederholten Warnungen vor einem Wiedererstehen des japanischen Militarismus und seine Kritik an Japans „neokolonialistischer Ausbeutung in Südostasien“ ein. Allmählich ging Peking sogar dazu über, den japanischen Nachbarn zu ermutigen, mehr für seine Verteidigung zu tun; und der Vorwurf des Neokolonialismus in Südostasien

wurde in chinesischen Kommentaren abgelöst von der lobenden Anerkennung der Rolle Japans in seiner Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten.

Chinas Beurteilung der Politik Japans dürfte sich aber kaum tatsächlich so grundlegend geändert haben. Vielmehr ist inzwischen die Eindämmung der sowjetischen Expansion im asiatisch-pazifischen Raum zu Chinas „großer Frage“ geworden. So sucht es entsprechend der bereits zitierten Devise „in großen Fragen die Einheit“ mit Japan, ohne dabei „die Unterschiede in weniger wichtigen Fragen“ zu vergessen.

Der törichte Versuch des japanischen Kultusministeriums, in Geschichtslehrbüchern die militaristische Vergangenheit Japans und seinen Imperialismus in Asien zu retuschieren, hat plötzlich eine „weniger wichtige Frage“ wieder in den Vordergrund des chinesischen Interesses treten lassen: Zum ersten Mal seit zehn Jahren hat Peking wieder vor der Gefahr eines Wiederauflebens des japanischen Militarismus gewarnt<sup>21)</sup>.

China ist seit 1964 Atommacht. Trotz seiner technologischen Fähigkeiten wird Japan seine Rüstung nicht durch eine nukleare Komponente ergänzen. Die innen- und außenpolitischen Hindernisse, die hier nicht erörtert werden können, sind nahezu unüberwindlich. China wird bei allem Interesse an einem verteidigungsfähigen Japan gewissenhaft darauf achten, daß die bestehende militärische Statusdifferenz erhalten bleibt. Die langfristigen Ziele chinesischer Politik gegenüber Japan sind die Nutzung des industriellen Potentials und technologischen know-hows und die Gewißheit, daß Japan niemals wieder zu einer Gefahr für China wird.

Im Unterschied zu Südostasien ist es China in Ostasien gelungen, der sowjetischen Expansion mit diplomatischen Mitteln Einhalt zu gebieten. Entscheidend dafür ist, daß China, die Vereinigten Staaten und Japan darin grund-

<sup>21)</sup> Renmin Ribao, 15. 8. 1982 und Beijing Review, Vol. 25, No. 34, 1982, S. 8.

sätzlich übereinstimmen, einer Ausweitung sowjetischen Einflusses in diesem Raum entgegenzuwirken. Die gemeinsame Grundorientierung dieser drei Mächte ist für diese Region historisch einmalig. Obwohl ein formelles Bündnis äußerst unwahrscheinlich ist, schmälert das nicht die strategische Bedeutung dieser Gruppierung.

Es ist zu erwarten, daß die Sowjetunion den Ausbau ihrer Pazifikflotte unvermindert fort-

setzt und daß diese Entwicklung mit entsprechenden Reaktionen auf amerikanischer und japanischer Seite beantwortet wird — politisch flankiert von China. Als Folge konzentriert sich somit in einer noch relativ stabilen Zone der Welt ein militärisches Potential, das die bei geringfügigen Machtverschiebungen entstehenden Spannungen — etwa auf der koreanischen Halbinsel — gefährlich erhöhen könnte.

## V. Die Stellung Westeuropas

Neben dem asiatisch-pazifischen Raum ist Europa ein vergleichsweise unwichtiges Aktionsfeld chinesischer Außenpolitik. In den strategischen Überlegungen der Chinesen nimmt es jedoch einen hohen Rang ein. „Wir müssen solche Länder wie Großbritannien, Frankreich und Westdeutschland für uns gewinnen“, soll Mao Zedong im Oktober 1970 gesprochen haben<sup>22)</sup>.

Wie wir wissen, ist die Schaffung einer weltweiten anti-sowjetischen Einheitsfront ein erklärtes Ziel Chinas. Westeuropa ist aus chinesischer Sicht ein wichtiger Abschnitt in dieser Front. Kein westeuropäischer Politiker hat in den vergangenen zwölf Jahren Peking verlassen, ohne von seinen Gastgebern eindringlich vor der Bedrohung durch die Sowjetunion gewarnt worden zu sein.

Zhou Enlais Rechenschaftsbericht vor dem IV. Volkskongreß im Januar 1975 enthielt eine Charakterisierung des Verhältnisses zwischen den beiden Supermächten und dessen Auswirkung auf Europa, die Chinas Position in der Welt umreißen und seine Strategie sichtbar machen sollte: Der sowjetische Sozialimperialismus, sagte Zhou Enlai, führe im Osten ein Scheingefecht, während er im Westen angreife. Der Brennpunkt der Rivalität der beiden Supermächte liege in Europa<sup>23)</sup>.

Trotz des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan hat Peking an seiner Auffassung über Europa festgehalten. In einer Darstellung aus jüngster Zeit heißt es: „Der Streit der Sowjetunion und der USA um die Beherrschung der Welt hat seinen Brennpunkt in Europa. Im Augenblick jedoch konzentriert sich die Sowjetunion hauptsächlich darauf, ihre Präsenz in einigen Schlüsselregionen der Dritten Welt auszuweiten. Die Sowjetunion möchte Westeuropa einnehmen, was sie gegenwärtig nicht

schafft, wie sie erkennt. Darum täuscht sie um so gründlicher und stößt in die weicheren Gebiete vor, indem sie nach Süden ausholt, um Europa von der Flanke her zu umfassen.“<sup>24)</sup>

Hinter der These von der Konzentration sowjetischer Bedrohung auf Europa scheinen folgende taktische Überlegungen zu stehen:

1. Indem China Europa in seine Auseinandersetzung mit der Sowjetunion einbezieht, weitet es den Konflikt über seine bilaterale Begrenztheit hinaus aus und gibt ihm größeres politisches Gewicht.
2. Da die Tatsache, daß der Brennpunkt des Ost-West-Gegensatzes in Europa liegt, nicht zu leugnen ist, der chinesischen These also ein gewisser Realitätsgehalt zukommt, kann China in Europa mit Sympathisanten seiner Auffassung rechnen, was ebenfalls seiner Position zugute kommt.
3. Die Einbeziehung Europas in den chinesisch-sowjetischen Gegensatz beeinträchtigt die Entspannung des Ost-West-Verhältnisses, die in Peking stets mit unverhohlenem Mißtrauen betrachtet worden ist. Die Zunahme von Spannung in Europa kann unter Umständen in Peking als Entlastung empfunden werden.

Für China bedeutet das — und hier liegt das Motiv dieser Strategie —, sich durch Einbeziehung des Westens in den eigenen Konflikt Entlastung von sowjetischer Bedrohung zu verschaffen und somit die eigene Sicherheit zu erhöhen, ohne die eigenen Verteidigungsanstrengungen zu vergrößern. Die Reduzierung des chinesischen Verteidigungsetats in den letzten beiden Jahren wirkt nahezu zynisch, wenn man sie vor dem Hintergrund der chinesischen Ermutigungen zu größeren Verteidigungsanstrengungen in Japan und den NATO-Ländern sieht.

<sup>22)</sup> Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung . . . , S. 57.

<sup>23)</sup> Peking Review, Vol. 18, No. 4, 1975, S. 24.

<sup>24)</sup> Shen Yi, China Belongs for ever to the Third World, in: Zhou Guo (ed.), China & the World (I), „Beijing Review“ Foreign Affairs Series, 1982, S. 43.

Der Bedrohung Europas und anderer Regionen, namentlich der Golf-Region, Südostasiens und Japans, stellt China gelegentlich das eigene Sicherheitsbewußtsein gegenüber, das auf traditionellem Autarkie-Denken beruht: China werde von der sowjetischen Bedrohung der Seewege zwischen dem Indischen und Pazifischen Ozean unbeeinträchtigt bleiben, erklärte Deng Xiaoping. Über Jahrhunderte sei es gewohnt, unabhängig von der Außenwelt zu existieren<sup>25)</sup>. Mit dieser Überzeugung stellt sich China außerhalb der wechselseitigen Abhängigkeiten im internationalen System. Diese Auffassung, mit der es sich eine Sonderposition zumißt, hat bisher noch keinem Test standhalten müssen. Für das hochgesteckte Modernisierungsprogramm, das eine intensive Kooperation mit den industrialisierten Ländern der Zweiten Welt erfordert, dürfte der Ernstfall das Ende bedeuten. Gewiß ist die Bedrohung anderer Länder oder Regionen nicht notwendigerweise auch eine Bedrohung für China. Aber in dem Maße, in dem China Teil des Geflechts internationaler Wirtschaftsbeziehungen wird, erhöht sich seine Abhängigkeit und damit auch seine Verletzbarkeit.

In seiner Außenpolitik zeigt China in der Tat gelegentlich Tendenzen, die darauf hindeuten, daß es sich einen möglichst breiten Entscheidungsspielraum erhalten möchte. Es vermeidet darum offenkundig, Bündnisverpflichtungen einzugehen<sup>26)</sup>. Seiner Außenpolitik gibt das eine größere Flexibilität, als sie die Sowjetunion hat, die stets gewisse Rücksichten auf ihre Satelliten nehmen muß.

Noch in einem anderen Bereich läßt sich der Politik Chinas gegenüber Westeuropa Typisches für seine Außenpolitik entnehmen. Seinen Beziehungen zu einigen westeuropäischen Staaten versuchte China ab Mitte der siebziger Jahre durch Interesse am Import von Rüstungsgütern einen militärischen Akzent zu geben. Im Jahre 1977 sprach die britische Presse bereits von der Bereitschaft Chinas, mindestens 48, vielleicht sogar bis zu 300 Senkrechtstarter des Typs „Harrier“ in England zu bestellen. Nachdem die USA 1978 erklärt hatten, sie würden sich künftig bei Waffenverkäufen ihrer Verbündeten an China

<sup>25)</sup> Far Eastern Economic Review, Vol. 113, No. 48, 21. 11. 1980, S. 21.

<sup>26)</sup> Die einzige Bündnisverpflichtung, die China z. Z. unterhält, besteht in einem „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe“ mit Nordkorea. Im Bündnisfall verpflichtet er China allerdings zu sofortigem militärischen Beistand „mit allen militärischen Mitteln“.

neutral verhalten, und nachdem durch die Ablösung der Labour-Regierung schließlich auch inner-britische Widerstände weggefallen waren, stand dem Geschäft nichts mehr im Wege. Es ist bis heute nicht zustande gekommen.

Dies gilt bisher für die meisten beabsichtigten Rüstungskäufe Chinas. Nur bei fünf von insgesamt 19 Lieferprojekten mit westeuropäischen Firmen ist der Kauf — meist eine kleine Zahl von Hubschraubern — auch erfolgt<sup>27)</sup>. Nach einem ersten demonstrativen Interesse und vielversprechenden Absichtserklärungen blieben dann meistens konkrete Schritte aus. Zahlungsschwierigkeiten und Probleme der technischen Absorptionsfähigkeit erklären nur zum Teil die chinesische Abstinenz. Vielleicht sind noch folgende Überlegungen zu berücksichtigen:

— China ist nicht an größeren Stückzahlen eines Waffensystems interessiert, sondern an dessen Technologie mit dem Ziel späterer Eigenproduktion. Geringere Kosten und die Vermeidung einer Abhängigkeit vom Lieferland spielen dabei ebenfalls eine Rolle.

— Ein China, das sich mit modernen westlichen Waffen ausrüstet, könnte in Moskau als rasch wachsende Bedrohung angesehen werden und die Sowjetunion zu Gegenmaßnahmen herausfordern. Die Folge wäre verstärkter politischer und militärischer Druck der Sowjetunion. Dies aber wünscht China zu vermeiden. Es ist vielmehr seine Strategie, sowjetischen Druck in andere Regionen abzulenken.

Der zuletzt genannte Gesichtspunkt könnte Peking mit dazu veranlaßt haben, das amerikanische Waffenangebot vom Sommer 1981 bisher dilatorisch zu behandeln. Natürlich hat dabei auch eine Rolle gespielt, daß man den USA nicht dadurch ein Argument für ihre fortgesetzten Waffenlieferungen an Taiwan geben wollte.

Ein dritter Grund für das demonstrative Interesse Chinas an westeuropäischen Rüstungsgütern ist ebenfalls mit dem chinesisch-sowjetischen Gegensatz verknüpft: Moskau reagiert bereits auf das bloße Interesse Chinas an europäischen Waffen empfindlich. Den Kreml zu heftigen Reaktionen gegenüber Westeuropa zu veranlassen, könnte sehr wohl im chinesischen Kalkül liegen. Das heißt: nicht kaufen, sondern durch scheinbares Kaufinteresse irritieren.

<sup>27)</sup> Berechnet nach den Angaben in: William Tow and Douglas Stuart, *China's Military Turns to the West*: in: *International Affairs*, Oxford, Vol. 57, No. 2, Spring 1981, S. 286—300.

Die Sowjetunion hat wiederholt davor gewarnt, China mit modernen Waffen auszustatten und erklärte als Konsequenz westeuropäisch-chinesischer Rüstungsgeschäfte: „Wenn China eine Art militärischer Verbündeter des Westens — selbst ein informeller Verbündeter — werden sollte, müßten wir unser Verhältnis zum Westen überdenken. Wenn eine solche Achse auf einer antisowjetischen Basis ruht, gibt es keinen Platz für Entspannung — auch nicht in einem engen Sinne.“<sup>28)</sup>

Die sowjetische Irritation über eine angebliche enge westeuropäisch-chinesische Zusammenarbeit veranlaßte Ende 1978 Breschnew sogar zu persönlichen Briefen an die Regierungschefs in England, Frankreich und der Bundesrepublik. Die Bekundung des bloßen Interesses an westeuropäischen Rüstungsgütern genügte bereits, um die Sowjetunion in der beschriebenen Weise reagieren zu lassen und damit Westeuropa stärker in den chinesisch-sowjetischen Konflikt hineinzuziehen.

Der hier skizzierte Ausschnitt chinesischer Politik gegenüber Westeuropa zeigt diese Politik im wesentlichen als Funktion der Auseinandersetzung Chinas mit der Sowjetunion. Daneben gibt es einen weiten Bereich der chinesisch-westeuropäischen Beziehungen, der nicht unter diesem Aspekt gesehen werden darf. Dahin gehören die Wirtschaftsbeziehungen, die vielfältige Zusammenarbeit in der Ausbildung von Wissenschaftlern und Technikern, der kulturelle Austausch und — dies gilt insbesondere für die Bundesrepublik — die intensiven Kontakte im Rahmen der 1979 geschaffenen deutsch-chinesischen Kommission für wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit.

Bei einem Außenhandelsvolumen von wertmäßig insgesamt 43 Mrd. US-Dollar wickelt China etwa ein Zehntel seiner Ein- und Ausfuhr mit den zehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft ab. Die Bundesrepublik hat dabei eine herausragende Position. Nach Japan, Hongkong und den USA rangiert sie an vierter Stelle der Außenhandelspartner Chinas<sup>29)</sup>. Dazu kommen zahlreiche gemein-

same Projekte in den Bereichen der Forschung und der Lehre, was der Bundesrepublik einen nicht unbedeutenden Platz bei der Modernisierung des Landes zuweist.

Das politische Interesse Chinas an der Bundesrepublik konzentriert sich vor allem auf die Rolle, die das wirtschaftlich stärkste Land Westeuropas in der NATO und der EG spielt. Die Bundesrepublik wird daher in Peking stets im Kontext des Ost-West-Verhältnisses gesehen. Seit 1970 hat sich allerdings auch hier Chinas Einschätzung grundlegend gewandelt. Meinte man in Peking nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags, die DDR gegen ein Komplott der „sowjetischen Revisionisten“ und „westdeutschen Militaristen“ in Schutz nehmen zu müssen, so ging man knapp zwei Jahre später dazu über, NATO und EG positiv zu bewerten.

Heute beobachtet man in Peking mit Sorge die Differenzen zwischen Westeuropa, insbesondere aber der Bundesrepublik, und den Vereinigten Staaten. China wird nicht müde, davor zu warnen, daß die Widersprüche zwischen Westeuropa und den USA das westliche Bündnis beeinträchtigen könnten. Die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie gegenüber der Sowjetunion scheint man in Peking als vorrangige Aufgabe zwischen den USA und Westeuropa anzusehen. In dieser Hinsicht setzte man offenbar Hoffnungen auf den amerikanischen-westeuropäischen Gipfel in Versailles<sup>30)</sup>.

Einer chinesischen Analyse aus jüngster Zeit war zu entnehmen, daß man eine zunehmende Unabhängigkeit Westeuropas im internationalen System für wahrscheinlich hält<sup>31)</sup>. Was dies für Chinas Europapolitik bedeutet, läßt sich noch nicht sagen. Man wird aber nicht fehlgehen in der Annahme, daß sich die Außenpolitik Chinas und damit auch seine Politik gegenüber Westeuropa nicht grundlegend ändert, solange die weltweite Rivalität zwischen China und der Sowjetunion fortbesteht. Diesen Faktor werden wir voraussichtlich noch für längere Zeit als Konstante der internationalen Politik in Überlegungen und Planungen einsetzen dürfen.

<sup>28)</sup> So der Direktor des Instituts für USA und Kanada in Moskau, G. Arbatov, zit. in: *The Guardian*, 24. 11. 1978; hier nach *The China Quarterly*, No. 77, März 1979, S. 185.

<sup>29)</sup> Siehe Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Wochenbericht, 7/82 und 32/82, S. 109f. bzw. S. 418f.

<sup>30)</sup> Siehe Summary of World Broadcasts, FE No. 6973, 9. 3. 1982.

<sup>31)</sup> Vgl. Guo Fengmin, Basic Ideas behind the Foreign Policies of West European Countries, in: *Beijing Review*, Vol. 25, Nos. 4 und 5, S. 21ff. bzw. S. 9ff.

## Oskar Weggel: Modernisierung und Entzauberung: Innenpolitik im nachmaoistischen China

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/82, S. 3—13

Die gesellschaftlichen Großexperimente, die im Zeichen des Maoismus 1958, vor allem aber zwischen 1966 und 1976 („Kulturrevolution“) durchgeführt wurden, haben sich als so kostspielig erwiesen, daß ihre Wiederholung — angesichts einer inzwischen auf eine Milliarde Menschen „explodierten“ Bevölkerung — vermutlich in die wirtschaftliche und soziale Katastrophe führen würde. Die nachmaoistische Führung hat aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen gezogen und der „Modernisierung vor dem Klassenkampf“ den Vorrang eingeräumt sowie den Partei- und Staatsapparat von kulturrevolutionären Elementen gesäubert.

Der vorliegende Beitrag zeigt, wie sich „Modernisierung“ in Demokratisierungs- und Verrechtlichungsversuchen niederschlägt, worauf die neuen Eigentumsvorstellungen beruhen, wie sich bei der militärischen Modernisierung optimale Ergebnisse mit geringstem Mittelaufwand erzielen lassen und wie der Entmaoierungsprozeß vorangetrieben wird. Die inzwischen in breitem Strom dahinfließende Modernisierungsbewegung hat zur Entzauberung geführt, eine „dreifache Glaubenskrise“ heraufbeschworen und nebenbei auch bewirkt, daß das „Modell China“ zunehmend hinterfragt wird.

Es gibt zum derzeitigen Reformkurs keine brauchbare Alternative. Die einzigen gegnerischen Gruppen mit einem geschlossenen Programm — die Neomaoisten und die Anhänger der „Erdölfraction“ — sind 1980/81 kaltgestellt worden. Die Stärke der Deng-Führung besteht nicht nur in der Konsequenz ihres Aufbauprogramms, sondern auch in der Ratlosigkeit ihrer Gegner.

## Rüdiger Machetzki: VR China: Wirtschaft im Wandel?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/82, S. 15—28

Näch zwei Jahrzehnten politisch-ideologischer „Modellansprüche“ scheint sich die seit 1978/1979 herrschende Führungskoalition der VR China mit den Realitäten des Landes abgefunden zu haben. China ist ein Entwicklungsland mit grundlegenden Problemen, die nur langfristig gelöst werden können. Trotzdem läßt sich auch gegenwärtig nicht von einem dauerhaften nationalen Konsens, einem gemeinsamen Entwicklungsausblick der gesamten Partei- und Staatsführung sprechen. Die begrenzten Erfolge der neuen „reformpolitischen Linie“ sind weniger der allgemeinen inhaltlichen Zustimmung zu den wirtschaftlichen Wandlungen als vielmehr der Schwäche der verschiedenen Oppositionsströmungen und ihrer bloßen Obstruktionspolitik zuzuschreiben. Ein echter, langfristig anerkannter Konsens wäre um so dringlicher, als der chinesische Subkontinent vor existenziellen Herausforderungen steht, die durch eine Fortsetzung der „Politik des extremen Pendelschlages“ nur verschärft werden können. Verkürzt gesagt liegen diese Herausforderungen vor allem in einem fundamentalen Ungleichgewicht zwischen einer ständig wachsenden Bevölkerung und einer schrumpfenden bzw. nur bedingt erweiterbaren nationalen Ressourcenbasis. Trotz bemerkenswerter absoluter Leistungssteigerungen der chinesischen Volkswirtschaft in den letzten 25 Jahren ist das Bild der wichtigen wirtschaftlichen Pro-Kopf-Daten eher von Stagnation als von einem echten „Take-off“ bestimmt.

Der bisherige Erfolg der neuen Reformlinie, insbesondere die Finanzierung der konsumorientierten Politik, ist zu einem wesentlichen Teil durch eine überhöhte staatliche Ausgaben- und Subventionspolitik, d. h. durch Staatsverschuldung realisiert worden. Die notwendige Reduzierung der Investitionstätigkeit entlang der alten „schwerindustriellen Linie“ konnte nur unvollkommen verwirklicht werden. Es ist der Reformführung bisher nicht gelungen, die alten schwerindustriellen Interessen wirkungsvoll einzuzugrenzen. Ein langfristiges Nebeneinander beider Linien ist sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politisch-ideologischen Gründen nicht möglich. Welche Kräfte sich letztlich durchsetzen werden, ist nach wie vor ungewiß, was sich auch am zögernden Verlauf der Reformen auf allen Sektoren ablesen läßt. Nach einer kurzfristigen Euphoriewelle ist weitgehende Ernüchterung eingetreten.

## Joachim Glaubitz: Elemente der Außenpolitik Chinas seit Anfang der siebziger Jahre

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/82, S. 29—38

Die Außenpolitik der Volksrepublik China hat ihre heutige Gestalt 1969/70 erhalten. Sie ist in ihren Grundzügen noch das Werk Mao Zedongs und Zhou Enlais und richtet sich in erster Linie gegen den regionalen und globalen Machtanspruch der Sowjetunion.

Die Erkenntnis der chinesischen Führung, daß die Sowjetunion sich zur gefährlicheren der beiden Supermächte entwickelt hat, liegt dem Entschluß zugrunde, die Konfrontation mit den USA zu beenden. Die eigentlichen Anstöße zu dieser außenpolitischen Neuorientierung gaben die sowjetische Intervention in der ČSSR 1968 und ihre theoretische Rechtfertigung durch Breschnew sowie ein verstärktes Interesse der Sowjetunion an Einfluß im asiatisch-pazifischen Raum. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan und die Unterstützung des Kreml für Vietnam und dessen Intervention in Kambodscha haben die chinesische Einschätzung der Sowjetunion bestätigt.

China charakterisierte die Politik der beiden Supermächte als Hegemonismus, zielte mit diesem Vorwurf aber vor allem auf sowjetisches Vorgehen in Asien und in der Welt. „Hegemonismus“ wurde zu einem Schlüsselbegriff, seine Bekämpfung zum erklärten Ziel chinesischer Außenpolitik. Als Wirkungsraum für seine anti-hegemonistische Politik sieht China eine Welt, die in drei Teile zerfällt und in der es alle Anstrengungen unternimmt, eine gemeinsame Front der Zweiten und Dritten Welt, d. h. der industriell entwickelten und der unterentwickelten Länder gegen die Erste Welt der beiden Supermächte, insbesondere aber gegen den Sowjethegemonismus zu formieren.

In Ostasien gelang es China, Japan auf seine Seite zu ziehen. Die ohnehin gespannten Beziehungen zwischen Washington und Moskau boten China eine weitere Chance, mit Hilfe der USA sowjetischen Einfluß in Ostasien zurückzuweisen. In Indochina hingegen konnte die Sowjetunion Fuß fassen. Die Rivalität zwischen den beiden kommunistisch geführten Großmächten, die den Kern ihres Konfliktes bildet, hat sich durch diese Entwicklung verschärft. Sie wird auch in Europa spürbar, wo Chinas Werben um verbesserte Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und intensive Wirtschaftsbeziehungen zu Westeuropa in Moskau mit Unwillen verfolgt werden. Die Stellung Europas in der Außenpolitik Chinas ist wesentlich eine Funktion seines Konflikts mit der Sowjetunion.